Es lebe der II. Parteitag der KP Spaniens/ML Seite 11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 30 vom 29. Juli 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Kampf der Regierung gegen Arbeitslosigkeit- eine verlogene Phrase

Bundesbahn will 130 000 Arbeitsplätze vernichten!

Die Bundesbahn hat in den vergangenen zwei bis drei Jahren rund 50.000 Arbeitsplätze vernichtet. Das ergibt sich aus Angaben des Bundesverkehrsministeriums. In den nächsten Jahren sollen Zehntausende weiterer Arbeitsplätze „eingespart" werden. Ein Plan der Bundesbahnleitung sieht vor, daß der Personalbestand der Bundesbahn, der sich noch Anfang 1976 auf 390.000 Beschäftigte belief, bis zum Jahre 1985 um 130.000 auf 260.000 Beschäftigte verkleinert werden soll. Im gleichen Zeitraum soll das Streckennetz um etwa die Hälfte verkleinert werden: von rund 30.000 km auf rund 15.000 km. Mehr als die Hälfte der Bahnhöfe soll geschlossen werden. Diese Tatsachen und Pläne stehen in einem krassen Gegensatz zu den Behauptungen und Propagandaparolen der Regierung über ihren angeblichen Kampf gegen die wachsende Arbeitslosigkeit und ihre angeblichen Bemühungen um die Beschaffung von Arbeitsplätzen.

Verkehrsminister Gscheidle, früher zweiter Vorsitzender der Postgewerkschaft, behauptet, der Personalabbau würde nur über „natürliche Abgänge" laufen, Entlassungen würde es nicht geben. Aber selbst wenn das für den Großteil der Fälle stimmen sollte, so ändert es doch nichts daran, daß der Staat hier in massiver Weise Arbeitsplätze vernichtet, daß er damit die Vergrößerung des Arbeitslosenheeres betreibt. So wurden z. B. bei der Bundesbahn in den vergangenen zwei Jahren 11.290 Ausbildungsplätze abgeschafft. Die Jungen und Mädchen, die aus der Schule kommen, werden nicht nur bei den privaten Unternehmen abgewiesen, wenn sie um eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz nachfragen, sondern genauso auch bei der staatlichen Bundesbahn.

Die Bonner Politiker rechtfertigen die rigorosen Rationalisierungs- und Stillegungsmaßnahmen mit dem Argument, die Bundesbahn sei ein „unrentabler Zuschußbetrieb", sie verschlinge zu viel Steuergelder. Das hört sich ganz gut an. Aber seit wann regen sich denn die Bonner Minister über die Verschwendung von Steuergeldern auf? Wenn es darum geht, den Monopolkapitalisten Milliarden an Subventionen in den Rachen zu stopfen, wenn alte Naziverbrecher fette Pensionen erhalten, oder auch wenn für sogenannte „Kunstwerke", die nur aus Schrott und Schmiereien bestehen, Zehntausende zum Fenster hinausgeworfen werden, dann sind die Herren doch auch nicht so!



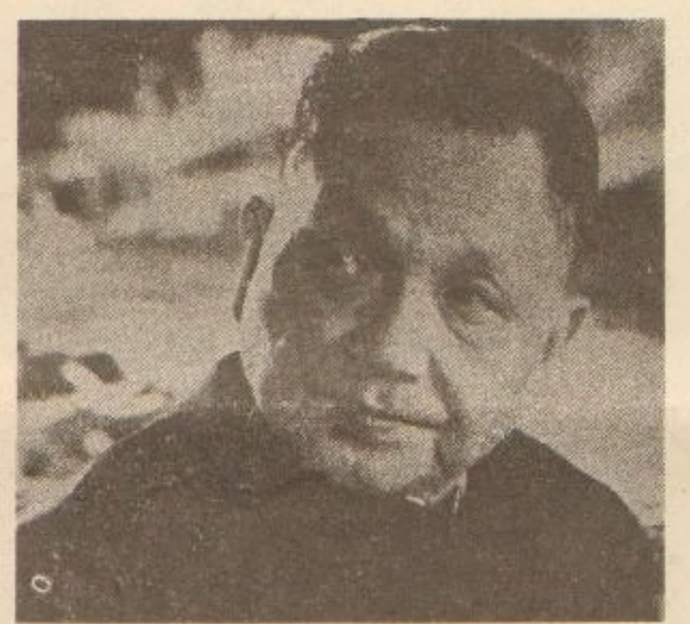
Das Ausbesserungswerk Karlsruhe soll geschlossen bleiben

Hinter dem Gerede vom „betriebswirtschaftlich optimalen Streckennetz" verbirgt sich in Wirklichkeit ein Angriff auf die Interessen der Werktätigen. Von den geplanten Stillegungen sind fast ausschließlich sogenannte „Nebenstrecken" und diejenigen Teile des Eisenbahnbetriebes betroffen, die dem Personennahverkehr dienen. Für die werktätigen Menschen auf dem Lande bedeutet das, daß sie noch stärker von der Stadt abgeschnitten werden. Es bedeutet, daß sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land weiter verschärft. Die Industrie wird sich noch stärker aus den ländlichen und sogenannten „strukturschwachen Gebieten" in die „Ballungszentren" zurückziehen. Es wird sich die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Benachteiligung des Landes verstärken. Andererseits sollen auch in der Stadt und in den Industriezentren die Nahverkehrsverbindungen der Bahn eingeschränkt oder stillgelegt werden. Viele Werktätige in Stadt und Land, die darauf angewiesen sind, mit der Bahn an ihren Arbeitsplatz zu kommen, müssen infolgedessen mit umständlicheren und längeren Anfahrtswegen rechnen. So wird ihnen die freie Zeit gestohlen, die sie für die Familie und für die Erholung dringend benötigen.

Auf der anderen Seite werden die Interessen der Kapitalisten durch die „Gesundschrumpfungspläne" überhaupt nicht in Mitleidenschaft gezogen. Im Gegenteil. Der Staat wird künftig nicht weniger, sondern eher noch mehr Geld in die Bundesbahn pumpen. Wurden 1975 noch 560 Millionen in die Bundesbahn an Subventionen gesteckt, so sollen es 1979 bereits 1,6 Milliarden sein. Aber diese Gelder werden nicht den Werktätigen und ihren Interessen, sondern aus-

Fortsetzung auf Seite 4

Deng Hsiao-ping wieder in alle seine Ämter eingesetzt



Deng Hsiao-ping

Wie die Nachrichtenagentur Hsinhua mitteilt, hat die 4. Plenartagung des X. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas Deng Hsiao-ping wieder in alle Ämter eingesetzt. Damit wurde Deng Hsiao-ping erneut zum Mitglied des ZK der KP Chinas, zum Mitglied des Politbüros des ZK der KP Chinas und seines ständigen Ausschusses sowie zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees der KP Chinas, zum stellvertretenden Ministerpräsidenten, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Militärkommission des ZK der KP Chinas und zum Vorsitzenden des Generalstabes der Chinesischen Volksbefreiungsarmee ernannt.

„Dieser Mensch packt nicht den Klassenkampf an, über dieses Hauptkettenglied spricht er nie. Also immer noch ‚weiße Katze, schwarze Katze', zwischen Imperialismus und Marxismus macht er keinen Unterschied." „Er begreift den Marxismus-Leninismus nicht, er vertritt die Bourgeoisie." (Mao Tsetung).

Hua Guo-feng erklärte im Juni 1976:

„Die Lage in China ist ebenfalls ausgezeichnet. Der von unserem großen Führer, dem Vorsitzenden Mao, persönlich initiierte und geleitete Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-pings konterrevolutionärer revisionistischer Linie und zur Abwehr des auf die Revision richtiger Urteile abzielenden Windes von rechts hat große Siege errungen. Kein Zweifel, daß die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao durch diesen Kampf noch tiefer in den Herzen der Menschen Wurzeln schlagen wird." (Peking Rundschau Nr. 24/76, S. 6).

Neutronenbombe

Bonn an der Seite der US-Imperialisten

Die Tatsache, daß die US-Imperialisten ihre Streitkräfte mit einer neuen Waffe, der Neutronenbombe, ausrüsten wollen, hat unter den Werktätigen der ganzen Welt große Empörung hervorgerufen. Denn der Charakter dieser Bombe macht schlagartig klar, gegen wen sich die Kriegspläne der US-Imperialisten vor allem richten: gegen die Werktätigen, gegen die Völker der Welt. Die Neutronenbombe ist nichts anderes als eine Waffe zum Völkermord.

Unter den Werktätigen Westdeutschlands ist die Beunruhigung und die Empörung über diese Bombe besonders groß. Denn nach den Plänen der US-Imperialisten soll sie zusätzlich zu Tausenden von Atomwaffen und anderen Waffen hier in Westdeutschland gelagert werden. Schon heute ist klar, daß die Durchsetzung dieser Pläne auf den erbitterten Widerstand der Arbeiter, Jugendlichen und des gesamten Volkes stoßen wird. Keineswegs werden wir ruhig zusehen, wie die Imperialisten unsere Heimat immer mehr zu einem Pulverfaß ausbauen, das nicht nur das deutsche Volk, sondern auch die anderen Völker Europas und der Welt bedroht.

Um die Werktätigen zu täuschen, wird die Neutronenbombe gegenwärtig von der Bonner Regierung verharmlost, wird so getan, als seien die Pläne zu ihrem Bau und zu ihrer Stationierung in Westdeutschland noch längst nicht spruchreif, ihre eigene Stellungnahme zu dieser Bombe noch längst nicht endgültig klar. Aber diese Äußerungen sind Lügen, Manöver, um die Werktätigen in falscher Sicherheit zu wiegen, Versuche, ihren Kampf gegen diese Bombe zu sabotieren. Denn die US-Imperialisten arbeiten bereits seit den 60er Jahren an dieser Bombe, sie haben nach ihren eigenen Angaben die NATO-Mitgliedstaaten längst darüber informiert, und wer wird glauben, daß sie öffentlich verkünden, daß diese Bombe in Westdeutschland gelagert werden soll, ohne vorher mit den westdeutschen Imperialisten ihre Pläne abgestimmt zu haben? Das wäre absurd.

Im übrigen zeigt die Schärfe, mit der die verschiedenen Vertreter der Bourgeoisie, vor allem Schmidt und Leber, den scheinheiligen Protest Bahrs zurückgewiesen haben, der die Neutronenbombe ein „Symbol der Perversion des Denkens" nannte, daß die westdeutschen Imperialisten voll und ganz hinter den Plänen des US-Imperialismus stehen. Da hieß es, die

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Christlich-demokratische Internationale 2
6. Plenartagung des ZK der SED 3
Breschnew empfängt Honecker 3
Mehr Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst? Demagogischer Appell des DGB-Apparates 4
Krupp Rheinhausen: 1.500 Arbeitsplätze in Gefahr 5
Wer kündigt, nandelt grob fahrlässig .. 5
Arbeiterkontrolle in Albanien: Eine Waffe der Diktatur des Proletariats .. 6
Majdanek-Prozeß 7
Albanischer Roman „Kommissar Memo" 8
Juli im Bild 9
Sechs-Parteien-Pakt in Italien 10
Portugal: Genosse der KPP (W) ermordet 10

Neutronenbombe

Bonn an der Seite der US-Imperialisten

Fortsetzung von Seite 1

Ablehnung der Neutronenbombe, der Protest gegen ihren Bau sei eine Einmischung in amerikanische Angelegenheiten. Die Kriegspläne der US-Imperialisten eine amerikanische Angelegenheit? Zynischer geht es kaum!

Da hieß es, wer gegen die Neutronenbombe sei, der arbeite dem russischen Sozialimperialismus in die Hände, der Westeuropa und die gesamte westliche Welt bedrohe. Das ist eine unverschämte Lüge. Natürlich ist der Sozialimperialismus ein gefährlicher Feind des Proletariats und der Völker der Welt. Aber geht es denn den US-Imperialisten und den westdeutschen Imperialisten darum, die Werktätigen, die Völker vor dem russischen Sozialimperialismus zu schützen? Gerade ihre neue Völkermordwaffe beweist das Gegenteil. Ihnen geht es mit ihrem Gerede vom „gemeinsamen Kampf gegen die russische Gefahr" allein darum, die Werktätigen und die Völker vor den Karren ihrer imperialistischen Interessen zu spannen, den Kampf der Werktätigen gegen ihre Kriegspläne zu sabotieren und sie eines Tages als Kanonenfutter in einem Krieg für ihre imperialistischen Profit- und Machtinteressen verbluten zu lassen.

Können die westdeutschen Imperialisten deutlicher zeigen, auf welcher Seite sie stehen? Sie, die die Werktätigen einschüchtern wollen; sie, die ihnen heute schon drohen und durchblicken lassen, daß sie jeden Widerstand gegen die Neutronenbombe und ihre Stationierung in Westdeutschland erbarmungslos bekämpfen werden, sind mit den verbrecherischen Plänen der US-Imperialisten voll einverstanden. Denn von diesen Plänen erhoffen sie sich auch Erfolge für ihre eigenen imperialistischen Ziele.

Deshalb muß sich der Kampf gegen die weitere Aufrüstung der NATO nicht nur gegen die US-Imperialisten richten, sondern auch gegen die westdeutschen Imperialisten. Allein die Werktätigen können den Imperialisten bei der Ausführung ihrer Kriegspläne in den Arm fallen. Allein ihr revolutionärer Kampf gegen den Imperialismus und vor allem gegen die beiden größten und gefährlichsten Kriegstreiber und Feinde der Revolution und der Völker, den US-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, dient der Erhaltung des Friedens.

Westdeutsche Imperialisten verstärken Aufrüstung

Wie die bürgerliche Presse bekanntgab, haben die westdeutschen Imperialisten eine neue Kriegswaffe entwickelt, eine aus der Luft einzusetzende Flächenfeuerwaffe, die aus mehreren tausend einzelnen Sprengkörpern besteht und ein Gebiet von ca. 500 m Tiefe mit einem Bombenteppich überziehen kann. „Mit der neuen Waffe wird die Feuerkraft der Luftwaffe von etwa 1982 an in nicht zu übersehender Weise gesteigert", schwärmt Springers „Welt".

Die Entwicklung dieser neuen Waffe beweist, daß nicht nur für die beiden Supermächte alle Worte über ihre angeblichen Entspannungs- und Abrüstungsbestrebungen Schall und Rauch sind, sondern genauso für die westdeutschen Imperialisten, die in den letzten Jahren fieberhaft aufrüsten und ein gefährlicher Feind der Völker Europas und der ganzen Welt sind.

Amerikanische Besatzer stationieren neue Kampfbrigade

Die amerikanischen Imperialisten planen, ihre Besatzertruppen in der Bundesrepublik noch weiter zu verstärken. Eine Panzerbrigade in Stärke von etwa 4.000 Mann soll nach Norddeutschland verlegt werden. Damit ist seit Beginn der siebziger Jahre bereits die dritte Brigade der amerikanischen Besatzer neu stationiert. Zusätzlich wird im Rahmen des aggressiven NATO-Blocks auch eine holländische Brigade in der norddeutschen Tiefebene stationiert. Diese Pläne finden, wie es heißt, „lebhafte Zustimmung" aus Bonn.

Schon heute ist die Lage in Norddeutschland so, daß etwa in Niedersachsen 110.000 Hektar Fläche militärisch genutzt werden. Allein für dieses Jahr sind für Niedersachsen 34 NATO-Großmanöver angekündigt. Über 800 kleinere Übungen mit jeweils 500 bis 2.000 Soldaten sind dort seit Jahresbeginn schon durchgeführt worden.

Diese Tatsachen zeigen, daß die amerikanische Supermacht mit aktiver Unterstützung aus Bonn Westdeutschland immer mehr zu einem Aufmarschgebiet ihres aggressiven NATO-Blocks macht.



Ami go home! Unser Bild zeigt eine von Genossen der Partei in Heilbronn gemalte Parole gegen die US-Besatzertruppen.

Kurz berichtet

DÜSSELDORF

In Düsseldorf fand kürzlich das zweite Fußballspiel zwischen der Roten Garde Köln und der Roten Garde Düsseldorf statt. In beiden Mannschaften leisteten Freunde der Roten Garde tatkräftige Unterstützung. Im Anschluß an das Spiel trafen sich die Rotgardisten am Lagerfeuer an den Rheinwiesen, wo drei Lehrlinge den kapitalistischen Sportbetrieb dem Massensport in den sozialistischen Ländern gegenüberstellten. Das Zusammentreffen wurde mit dem Gesang revolutionärer Lieder abgeschlossen.

BIELEFELD

Am Freitag, dem 1. Juli, fand in Bielefeld der erste Arbeitertreff für die Kollegen der Druckindustrie statt. 13 Kollegen, Freunde und Genossen, von denen mehr als die Hälfte aus Druckbetrieben kamen, besuchten die Veranstaltung. Die Genossen hatten vorher an allen bedeutenden Druckbetrieben Güterslohs (Bertelsmann) und Bielefelds Plakate geklebt und an einem Teil von ihnen Flugblätter verteilt, die sehr interessiert aufgenommen wurden. In einem kurzen einleitenden Referat wurde auf die Lage in der Druckindustrie eingegangen und der Gewerkschaftsapparat als Verräterorganisation entlarvt. Der Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition wurde propagiert und die nächsten Kampfesziele erläutert. In der anschließenden Diskussion wurde vor allem die opportunistische Linie des KABD (ein Sympathisant dieser Organisation war zum Treff erschienen) zurückgewiesen. Für das „Roter Morgen"-Pressefest wurden 31,70 DM gespendet und zwei Exemplare von „Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung" verkauft.

WETTER

Am 12. Juli fand in Wetter/Kreis Marburg eine Veranstaltung der Roten Garde statt. Mit dieser Veranstaltung sollte die Rote Garde unter den Jugendlichen der Dörfer um Wetter noch besser bekannt gemacht werden. An der Gesamtschule in Wetter und in einigen Dörfern wurde mit Flugblättern eingeladen, außerdem wurden in vielen Dörfern selbstgedruckte Plakate aufgehängt. Zur Veranstaltung waren 26 Freunde und Genossen gekommen, darunter mehrere Jugendliche, die zum erstenmal auf eine Rote Garde-Veranstaltung kamen.



Nach einer Rede, die besonders auf die Jugendarbeitslosigkeit einging, wurde ein kurzes Theaterstück aufgeführt. Der Vorschlag zu diesem Theaterstück kam von Jugendlichen, die 14 Tage zuvor beim Stammtisch der Roten Garde waren. Sie hatten dann das Stück zusammen mit Rotgardisten eingeübt. Das Stück handelte davon, wie ein SPD-Bonze in einem Dorf versucht, die Eltern einer Kommunistin gegen sie aufzuhetzen und wie er dabei schließlich das Gegenteil erreicht.

Zum Abschluß wurde ein Film über ein albanisches Aktionistenlager gezeigt, den uns die GFA zur Verfügung gestellt hatte.

"Christlich-demokratische Internationale"

Zusammenschluss gegen die Völker Europas

Die Gründung einer „christlich-demokratischen Internationale" haben die CDU und die italienische Regierungspartei Democrazia Cristiana (DC) vereinbart. Damit wollen sie angeblich, wie CDU-Generalsekretär Geißler verkündete, den Sozialismus wie auch den „Kapitalismus ohne soziale Bindung überwinden".

Bei der Bonner SPD hat diese Ankündigung Befremden ausgelöst. Schließlich sei es doch die Sozialdemokratie, so konnte man hören, die sich „auf internationaler Ebene seit Jahren um einen dritten Weg bemüht". Was bedeutet es, wenn jetzt die Kohl und Strauß und ihre europäischen Kumpanen den Sozialdemokraten in der Demagogie mit dem „Dritten Weg" Konkurrenz machen?

Sie versuchen damit, dem immer stärker werdenden Drang der Werktätigen nach einer grundsätzlichen Änderung ihrer Lage zu begegnen. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die Preistreiberei, der Abbau von Sozialleistungen, die zunehmende politische Unterdrückung, all das erschüttert täglich mehr das Vertrauen der Werktätigen in dieses System, läßt sie nach einem Ausweg suchen. Die „christlichen" wie auch die „sozialistischen" Vertreter dieses Systems versuchen mit Gewalt und mit Demagogie den Werktätigen den einzigen Ausweg, die sozialistische Revolution, zu versperren. Sie bezeichnen die Länder unter der sozialfaschistischen Diktatur als „sozialistische Staaten" und hetzen, die sozialistische Revolution würde unweigerlich zu solchen Verhältnissen der Versklavung der Völker führen, wie sie heute in der Sowjetunion Breschnews herrschen.

Wenn die CDU-Bonzen jetzt mit der Losung von der „Überwindung des unsozialen Kapitalismus" kommen, dann greifen sie damit tief in die Mottenkiste der reaktionären bürgerlichen Propaganda. Schon die Hitler-Faschisten hatten sich demagogisch gegen das „raffende Kapital" ausgesprochen und das „schaffende Kapital" in den Himmel gehoben. Aber es gibt nicht einen bösen und einen guten, einen Kapitalismus mit und einen ohne soziale Bindung. Es gibt nur **einen** Kapitalismus, der auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, auf der Unterdrückung und Niederhaltung der Volksmassen mit Hilfe des kapitalistischen Staats beruht.

Deshalb kann es zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Bourgeoisie und Proletariat auch niemals etwas Gemeinsames und auch keinen „Dritten Weg" geben, weder eine „Volksgemeinschaft", wie es die Faschisten nannten, noch eine „Partnerschaft", wie es die Gründer der christlichen Internationale heute etwas moderner ausdrücken. Und haben nicht diese Herren selbst, da wo sie die Staatsgeschäfte für die Bourgeoisie führten oder noch führen, gezeigt, was unter solcher „Partnerschaft" zu verstehen ist?

Der Zusammenschluß der reaktionären Parteien vom Typ der CDU oder der DC zu einer Internationale ist genauso gegen die Völker Europas gerichtet wie die sogenannte „Sozialistische Internationale" oder die Internationale der modernen Revisionisten. Und genau wie diese wird auch die „Christlich-demokratische Internationale" kein einheitlicher Block sein, sondern ein Feld des Konkurrenzkampfes der europäischen Monopole, deren Diener diese Parteien sind. Und durchsetzen wird sich der Stärkste, der westdeutsche Imperialismus.

Das hat sich beim Aufbau der „Sozialistischen Internationale" schon deutlich gezeigt. Die Bonner Monopolherren verschafften sich über ihre Regierungspartei, die SPD, die besten Beziehungen zur europäischen Sozialdemokratie. Solche Leute wie Soares und Gonzales, die heute wichtige Positionen im bürgerlichen Staatsapparat Portugals bzw. Spaniens einnehmen, wurden sogar direkt in Bonn auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

So wird auch die „Christlich-demokratische Internationale" für die westdeutschen Imperialisten ein Mittel sein, um über die CDU ihren Einfluß in den europäischen Ländern, vor allem in Italien, zu verstärken, um dort ihre wirtschaftlichen und politischen Positionen auszubauen. Der westdeutsche Imperialismus, der heute offen die Rolle der führenden Macht in Westeuropa anstrebt, ist ein erbitterter Feind der europäischen Völker und muß von ihnen ebenso entschieden bekämpft werden wie die beiden Supermächte.

Offen gesagt ...

Falsche Helden

Die Spitzen des Bonner Staates trafen sich zu einer Gedenkstunde. Am Jahrestag des mißglückten Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 versammelten sie sich zur „Ehrung der Widerstandskämpfer". Aber die Zehntausende mutiger Antifaschisten, von denen viele im Kampf gegen die faschistische Diktatur ihr Leben gaben, Männer wie Fiete Schulze, Theodor Neubauer oder Georg Schumann, sie wurden in der Feierstunde der Minister, Bundeswehrgeneräle und Kirchenfürsten nicht einmal erwähnt.

Für diese Herren beschränkt sich der Widerstand gegen Hitler auf die sogenannten „Männer vom 20. Juli". Aber wenn es auch unter diesen Männern bürgerliche Patrioten wie den Offizier Stauffenberg gegeben hat, der die Bombe in Hitlers Hauptquartier zur Explosion brachte, so ist es doch eine Tatsache, daß die Mehrzahl dieser Männer, die damals die Beseitigung Hitlers vorbereiteten, alles andere als Antifaschisten waren. Man braucht sich nur das Programm dieser Leute anzusehen: Abschluß eines Sonderfriedens mit den Westmächten, aber Weiterführung des Kriegs gegen die Sowjetunion. Für das deutsche Volk sollte es weder Streik- noch Wahlrecht geben.

Und diesen Reaktionären, die nichts anderes wollten als eine Militärdiktatur ohne Hitler, wird heute in den Feierstunden der Bonner Imperialisten der Titel „Widerstandskämpfer" angeheftet. Sie verhöhnen die wirklichen Antifaschisten. Sie verhöhnen das ganze deutsche Volk, dem sie die Schuld an der Errichtung der Hitler-Diktatur in die Schuhe schieben wollen. Ihre Lügen sollen die wirklichen Urheber der faschistischen Terrorherrschaft reinwaschen, sollen verschleiern, daß diese Diktatur eine Waffe in den Händen der deutschen Monopolbourgeoisie zur blutigen Unterdrückung des Volkes war.

Denn es sind dieselben Monopolherren und Finanzmagnaten, die Krupp, Flick und Thyssen, die uns immer noch im Genick sitzen. Und genau wie 1933 werden sie wieder ihr demokratisches Mäntelchen abstreifen, zur offen terroristischen Unterdrückung übergehen, wenn die Klassenwidersprüche sich verschärfen und sie ihre Herrschaft gefährdet sehen. Schon heute treiben sie über ihren Staatsapparat die Faschisierung immer mehr voran.

Und ausgerechnet diesen Apparat stellt Justizminister Vogel jetzt in die Tradition des antifaschistischen Widerstands. So erklärte er in seiner Feierrede: Die Widerstandskämpfer von heute, die ihr Leben aufs Spiel setzen für uns, das sind „unsere Polizeibeamten, unsere Richter, unsere Staatsanwälte". Als einen solchen „Helden" stellte er den toten Staatsschutzchef Buback hin. Aber die Befehlshaber der Polizeikommandos, die schon so viele Revolutionäre und Werktätige auf dem Gewissen haben, die Klassenrichter, die wie de Somoskeoy in Köln Antifaschisten ins Gefängnis schicken, sie stehen in der Tradition eines Heydrich oder Freisler. Denn die „Demokratie", die sie verteidigen, das ist dasselbe kapitalistische System, dieselbe Herrschaft der Monopolbourgeoisie, die den Hitlerfaschismus hervorbrachte. Das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands erfüllen heißt heute, den revolutionären Klassenkampf führen und damit ein für alle Mal die Wurzeln des Faschismus ausrotten.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vorher gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

6. Plenartagung des ZK der SED

Feldzug gegen die Arbeiterklasse beschlossen

Kürzlich hat in Ostberlin die 6. Plenartagung des Zentralkomitees der revisionistischen SED stattgefunden. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Durchführung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED auf dem Gebiet der Elektrotechnik und Elektronik. Die Rede des Ministers für Elektrotechnik und Elektronik, Otfrid Steger, zeigt deutlich die Absicht der neuen ostdeutschen Bourgeoisie, die Ausbeutung der Arbeiterklasse drastisch zu verschärfen und ein Schlüsselgebiet der Wirtschaft der DDR noch mehr als bisher an die sowjetischen Sozialimperialisten auszuliefern.

Bekanntlich ist eine moderne Wirtschaft heute ohne die Anwendung der Elektrotechnik undenkbar. Immer wichtiger wird auch die Anwendung elektronischer Verfahren in der Industrie. Der Einsatz von Computern, computergesteuerten Verfahrenstechniken, die Ausstattung von Maschinen mit elektronischen Steuer- und Meßgeräten usw. erhöhen die Produktivität und Leistungsfähigkeit der gesamten Industrie. Nicht zuletzt sind auch die Armeen beider imperialistischer Militärblöcke, der NATO und des Warschauer Paktes, ohne die Elektrotechnik und Elektronik undenkbar. Aus diesen Gründen stellen die Elektrotechnik und Elektronik ein Schlüsselgebiet der Wirtschaft eines jeden Landes dar. Deshalb hat der revisionistische Minister Steger in seiner Rede auch betont: „Von grundsätzlicher Bedeutung ist es, daß mit der breiteren Anwendung der Elektronik die Intensivierung in der gesamten Volkswirtschaft entscheidend vorangebracht wird."

Rücksichtslose Ausbeutung der Werktätigen

Aber was bedeutet die Parole von der „Intensivierung" für die Werktätigen in der DDR? Sie bedeutet nichts anderes als die rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter und übrigen Werktätigen durch die neue Bourgeoisie. Wie im kapitalistischen Westen ist auch in der DDR die Produktion nicht auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Werktätigen ausgerichtet, sondern auf die Sicherung der Profite der Ausbeuterklasse. So dient die Einführung neuer Technologien und Verfahren dazu, die Betriebe durchzurationalisieren, die Maschinen schneller laufen zu lassen und die Antreiberei und Hetze zu verstärken.

Nicht umsonst erklärte Steger deshalb unumwunden, es sei notwendig, in den Betrieben das Arbeitstempo erheblich zu steigern, um mit dem ‚internationalen Standard" Schritt halten zu können. Nicht umsonst durchzieht die Aufforderung an die Werktätigen seine Rede, mehr und schneller zu arbeiten und die Pläne überzuerfüllen. Um die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen zu betrügen, hält er die gleichen demagogischen Parolen bereit, wie die Kapitalisten im Westen. So behauptet er zum Beispiel, die Automatisierung mache die Arbeit leichter, weniger monoton usw.

Das Gegenteil ist gerade der Fall. Hier dient die Automatisierung der verstärkten Arbeitshetze, die den Arbeitern aufgezwungen wird. Warum werden denn die Arbeiter in manchen Großbetrieben der DDR durch Fernsehanlagen überwacht? Wie kommt es, daß die Arbeiter in den Betrieben der DDR durch unmittelbaren Zwang oder Geldstrafen (Prämienabzüge bis zur Höhe einer Jahresendprämie, was einem Monatslohn entspricht) dazu gezwungen werden, immer schneller zu arbeiten? Und betrachten wir eine der angeblich größten Errungenschaften des 9. Parteitages der SED, die auch Steger in seiner Rede mehrmals hervorhebt, den Übergang zum Mehrschichtensystem in großem Maßstab. Angeblich hat die Einführung der Mehrschichtenarbeit für die Werktätigen der DDR nur Vorteile, angeblich liegt es in ihrem Interesse, daß dieses System möglichst schnell überall eingeführt wird.

Aber wir alle wissen, daß das Mehrschichtensystem im Kapitalismus mörderisch ist. Es ist klar, daß der ständige Wechsel von Tag-, Mittag- und Nachtschicht die Gesundheit früher ruiniert, vor allem dann, wenn es mit steigender Arbeitshetze und Antreiberei verbunden ist. Für die Bourgeoisie der DDR bringt die Einführung des Mehrschichtensystems allerdings nur Vorteile, weil die Produktivität und die Auslastung der Anlagen dadurch erheblich gesteigert werden kann.

Genauso verhält es sich mit den elektrotechnischen und vor allem elektronischen Verfahren, die Steger zufolge jetzt schnell in den Betrieben der DDR eingeführt werden sollen.

Wenn wir hören, daß Steger den VEB Elektronik Gera hervorhebt, weil dort die arbeitstägliche Nutzung der Anlagen 18,6 Stunden beträgt, wenn er davon spricht, daß die Produktivität um 20 bis 50% gesteigert werden müßte, kann man sich das Ausmaß des Rationalisierungsterrors vorstellen, der auf die Arbeiterklasse der DDR zukommt.



Im Ostberliner Fernsehwerk für Elektronik ist das Dreischichtensystem bereits eingeführt. Die gesteigerte Arbeitshetze wird als „Wettbewerb um hohe Produktivität" getarnt.

In der Hand der kapitalistischen Ausbeuter der DDR erleichtert die Einführung neuer moderner Produktionstechniken und Maschinen auf der Grundlage der Elektrotechnik und Elektronik nicht die Arbeit der Werktätigen, sondern macht sie noch widerwärtiger, läßt die Arbeiter noch mehr schuften für den Profit der Bourgeoisie.

Ausverkauf an die Sozialimperialisten

Elektrotechnik und Elektronik sind Schlüsselindustrien. Deshalb haben die sowjetischen Sozialimperialisten schon seit langem in den Ländern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ihre Hand auf diese Industriezweige gelegt. So auch in der DDR. So berichtet Steger, daß allein auf diesem Gebiet zwischen der DDR und der Sowjetunion 30 Regierungsabkommen über Zusammenarbeit und 120 Spezialisierungsvereinbarungen bestehen. In Wirklichkeit bedeuten diese Abkommen nichts anderes als daß die elektrotechnische und elektronische Industrie der DDR zur Zuliefererindustrie für die sowjetischen Sozialimperialisten wird. Ein besonders gutes Beispiel dafür ist die Entwicklung des ESER genannten einheitlichen Systems elektronischer Rechentechnik.

In der DDR liefert z. B. das VEB Kombinat Robotron für dieses System hochwertige Einzelteile, die alle in die Sowjetunion gehen. Hier wird dann das System endgültig entwickelt und fertiggestellt und, wenn es serienreif ist, zu Höchstpreisen von den sowjetischen Sozialimperialisten in die DDR exportiert. Diese Form der Ausplünderung der DDR durch die neuen Zaren im Kreml ist auch in anderen Bereichen der elektronischen Industrie gang und gäbe.

Neben den verschiedenen Abkommen, die den sowjetischen Sozialimperialisten die Kontrolle über diesen Industriezweig sichern, plündern sie die DDR mit Hilfe der „Interelektro" aus. Die „Interelektro" ist nichts anderes als ein multinationaler Konzern in der Hand der sowjetischen Sozialimperialisten. Sie hat das Recht in allen Ländern des RGW unabhängig von den jeweiligen Staatsplänen zu operieren, Gesellschaften und Betriebe zu gründen usw. Die Gewinne fließen in die Sowjetunion.

Angesichts der großen Bedeutung der Elektronik und der Elektrotechnik hat der von der Sowjetunion kontrollierte RGW auf seiner letzten Tagung hervorgehoben, es sei notwendig, diese Industriezweige vorrangig zu entwickeln und vor allem die Zusammenarbeit zu verstärken. Mit anderen Worten: Die sowjetischen Sozialimperialisten sind mit dem bisherigen Zustand nicht zufrieden. Sie wollen noch mehr haben, sie wollen den Grad der Ausplünderung der DDR noch weiter verstärken.

Und als ihr willfähriger Vasall tut die Honecker-Clique alles, um die Wünsche der Kremlzaren zu erfüllen. „Jetzt und in der Zukunft", ließ sich Steger vernehmen, „ist es eine ständige Aufforderung an die Exportbetriebe und alle ihre Zulieferer, den Verpflichtungen gegenüber der UdSSR und den anderen sozialistischen Bruderländern entsprechend dem Plan gerecht zu werden."

So hat die 6. Plenartagung des ZK der SED nichts anderes beschlossen als einen Feldzug gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der DDR — für die Sicherung und Erhöhung der Profite der ostdeutschen Bourgeoisie und der sowjetischen Sozialimperialisten.

Breschnew empfängt Honecker

Herr und Hund

„Völliges Einvernehmen", so ließ sich die DDR-Nachrichtenagentur ADN vernehmen, habe bei dem jüngsten Besuch Honeckers auf der Krim zwischen ihm und Breschnew geherrscht. Wie sollte es auch anders sein, wenn sich ein willfähriger Lakai zu seinem Herren begibt und ihm wie ein Hund die Stiefel leckt. Denn um nichts anderes handelt es sich bei dem Treffen zwischen diesen beiden revisionistischen Häuptlingen.

Unverfänglich heißt es in den von den revisionistischen Nachrichtenagenturen verbreiteten Meldungen über das Treffen, Honecker und Breschnew hätten die „Ausarbeitung eines Programms der Spezialisierung und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der DDR für die Zeit von 1980 bis 1990" vereinbart. Hinter diesen unverfänglichen Worten verbirgt sich allerdings nichts anderes als ein großangelegtes Programm der Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen der DDR durch den sowjetischen Sozialimperialismus.

Die neuen Zaren im Kreml befehlen und die Honecker-Clique schlägt die Hacken zusammen.

Werfen wir einen Blick auf das Statistische Jahrbuch der DDR aus dem Jahr 1976. Auch wenn es hier bezeichnenderweise keine Angaben über die Handels- und Zahlungsbilanz zwischen der DDR und der Sowjetunion gibt — Zahlen, die allein schon das Ausmaß der Ausplünderung der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten aufzeigen würden — so ist doch die Statistik über die Einfuhr und Ausfuhr ausgewählter Erzeugnisse zwischen der DDR und der Sowjetunion aufschlußreich genug. Nach dieser Statistik produzieren die Werktätigen der DDR für die neuen Zaren im Kreml in erster Linie hochwertige Maschinen und Ausrüstungen, Güterwagen, Schiffe, Traktoren und Landmaschinen, optische Geräte und ähnliche hochwertige Produkte. Alle diese Erzeugnisse hat die DDR zu billigsten Preisen zu liefern. Zum Teil stammen sie auch aus gemeinsamen Betrieben, die faktisch den sowjetischen Sozialimperialisten gehören.

Demgegenüber steht die Einfuhr vor allem von Rohstoffen (Steinkohle, Erdöl, Erze, Gas) und Halbfertigprodukten (Formstahl, Bleche, Stabstahl usw.). Bekanntlich haben die sowjetischen Sozialimperialisten die Preise für alle diese Produkte — am drastischsten beim Erdöl — in den vergangenen Jahren Zug um Zug erhöht und sich auf diese Weise durch die Ausplünderung ihrer angeblichen Partner Riesenprofite verschafft.

Den angeblich geschätzten und gleichberechtigten Partner zwingen, billig hochwertige Produkte zu liefern und ihm gleichzeitig für die von ihm benötigten Rohstoffe Wucherpreise abzuverlangen — wie soll man das anders nennen als Ausplünderung, wie sie unter Imperialisten üblich ist? Hinter den Schlagworten von der „Zusammenarbeit", der „Spezialisierung" und der „sozialistischen Integration" verbirgt sich die Verwandlung der DDR und der anderen Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Generalgouvernements der sowjetischen Sozialimperialisten, verbirgt sich die Verwandlung der Wirtschaft der DDR in einen Zulieferer der sowjetischen Wirtschaft.

Der angebliche Kommunist Honecker ist in Wirklichkeit der Repräsentant der kapitalistischen Ausbeuterklasse in der DDR, ein Quisling, ein Lakai der sowjetischen Sozialimperialisten. Die neue Bourgeoisie in der DDR hat sich mit Haut und Haaren an die sowjetischen Sozialimperialisten verkauft, um, unter dem Schutz der Bajonette der imperialistischen Armee der Sowjetunion, ihre Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft über die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der DDR abzusichern. Dafür ist ihr nichts zu teuer, dafür verkauft sie die Interessen eines Teils unseres Volkes für Rubel.

Die Folgen dieser Politik haben die Werktätigen zu tragen. Die doppelte Ausbeutung durch die neue Bourgeoisie der DDR und die sowjetischen Sozialimperialisten lastet schwer auf ihren Schultern. Glaubt Honecker etwa, er und seine revisionistischen Kumpane könnten der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen der DDR immer noch mehr neue Lasten aufbürden? Honecker hat Breschnew den Ausverkauf der Reichtümer der DDR bis 1990 zugesichert, er hat ihm die Ausbeutung und Ausplünderung der Werktätigen der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten zugesichert.

Aber diese Pläne haben eine große Unbekannte. Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen der DDR werden sich unweigerlich, so wie es z. B. ihre polnischen Klassenbrüder vor ihnen getan haben, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung durch die sowjetischen Sozialimperialisten und die Bourgeoisie in der DDR erheben. Sie werden sich um unsere Partei zusammenschließen, die das Banner des Marxismus-Leninismus hochhält und den Renegaten und Revisionisten in Moskau und Berlin einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

CSSR

Husak-Clique erhöht Preise

Die kapitalistische Wirtschaft der Tschechoslowakei steckt in einer tiefen Krise, deren Lasten die herrschende revisionistische Clique immer mehr auf die Schultern der Werktätigen abwälzt. Den jüngsten Angriff auf die Lebenslage der Werktätigen starteten Husak und seine Kumpane in der vergangenen Woche, als sie die Preise für einige Grundnahrungsmittel und Textilien drastisch erhöhten.

So verteuerten sich die Preise für Kaffee um 50%, für Schokolade und Schokoladenwaren um 33% und für Wolle, Baumwolle und die Erzeugnisse daraus um 34%. Weitere Verteuerungen der Güter des täglichen Lebens werden schon in naher Zukunft erwartet, etwa bei Zucker und anderen Lebensmitteln und bei Benzin.

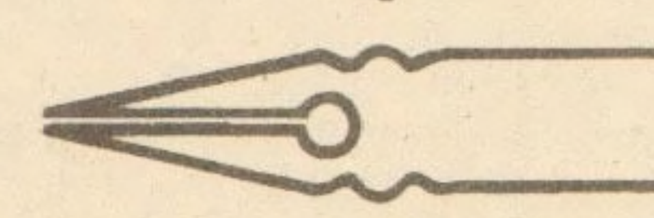
Natürlich sind die Preissteigerungen kein Zufall. Sie haben ihre Ursache in der kapitalistischen Struktur der tschechoslowakischen Wirtschaft und der Ausplünderung des Landes durch den sowjetischen Sozialimperialismus. So hat sich die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei immer mehr verschärft. Sie zeigt sich im Produktionsrückgang in verschiedenen Zweigen der Industrie und der Landwirtschaft (z. B. um 20% bei Getreide), in hohen Außenhandelsdefiziten sowie in steigenden Importen und abnehmenden Exporten.

Schon Anfang des Jahres hatte deshalb die revisionistische Husak-Clique ein sogenanntes neues Preissystem in Kraft gesetzt, nach dem die Großhandelspreise um durchschnittlich 41% angehoben wurden. Damals verteuerten sich vor allem Brennstoffe und elektrischer Strom, was für die Werktätigen ebenfalls eine große Belastung darstellt.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Akkordarbeiter um 381 DM geprellt

Bei der letzten Abrechnung vom Mai stellte ein Kollege aus der Fräserei fest, daß er einen Durchschnittsverdienst von nur 8,63 DM plus 0,27 DM Zulage hatte. Das war gerade der Grundlohn plus der 0,27 DM Zulage, die es firmenintern gibt. Er hatte also überhaupt keinen Akkord verdient, also in Lohngruppe 7 alles in allem 8,90 DM in der Stunde. Das ist ein Hungerlohn, wo sonst in dieser Lohngruppe der Lohn bei 12,00 DM die Stunde liegt. Gemeinsam mit dem Roten Betriebsrat ging der Kollege nun dieser Sauerei nach. Dabei kam folgendes heraus:

Im Februar hatte der Kollege seinen Akkord nicht geschafft und mußte am Monatsende sämtliche Akkordkarten mit 60 Minuten verrechnen, also bekam er nur seinen garantierten Grundlohn von 8,63 DM. In den Monaten darauf, also bis einschließlich Juni, schaffte der Kollege die Akkorde und verrechnete seine Karten mit ca. 80 Minuten, das heißt, er steigerte seinen Verdienst von 8,63 DM auf 11,50 DM, also 2,87 DM in der Stunde mehr. Somit wäre also der neue Verdienst 11,50 DM! Nun wunderte sich der Kollege aber, daß sein Durchschnittsverdienst, mit dem die Lohnstunden bezahlt werden, nicht höher ging, denn laut Tarifvertrag bekommt man die Lohnstunden im Durchschnitt bezahlt (§ 9 des Lohnrahmentarifvertrags). Warum er nun aber nicht?

Die Sache war ganz einfach, laut Kalkulation und nach Meinung seiner Vorgesetzten. Er hat über 50% Lohnstunden seit Februar und er kann nur seinen Durchschnitt erhöhen, wenn er über 54% Akkordstunden hat. Da aber von der Arbeitsbedingung her kein Akkord möglich ist, muß er hauptsächlich im Lohn arbeiten und den bekommt er mit seinem Durchschnitt bezahlt. Der Durchschnitt wiederum errechnet sich aus den letzten vier Wochen. Da er aber im Februar einmal versackt war und nur den Grundlohn bekam, bekommt er die Lohnstunden nur mit dem Durchschnitt bezahlt. Weil ja der Durchschnitt sich nach den letzten vier Wochen richtet, also im Februar Grundlohn und seitdem immer über 50% Lohnstunden, somit hat er keine Möglichkeit, seinen Durchschnitt zu erhöhen, bekommt den Akkord im Akkord bezahlt, die Lohnstunden aber nur mit dem Grundlohn. Somit hat er einen Verlust von 381 DM im Monat Mai wenn man 176 Stunden zugrunde legt, der sich wie folgt ausrechnet:

Bei einem Grundlohn von 8,63 DM bei 80 Akkordminuten pro Stunde wäre es ein Stundenlohn von 11,50 DM, also 2,87 DM über 8,63 DM. Da er im Mai von 176 Stunden 133 Stunden im Lohn hatte, müßte er diese Stunden mit 11,50 DM bezahlt bekommen. Da er aber weit über 50% Lohnstunden hat, bekommt er also den Durchschnitt der letzten vier Wochen. Er war aber im Februar einmal versackt, also nur den Grundlohn, somit bekommt er also die 133 Lohnstunden nur mit dem Grundlohn bezahlt und das ist ein Verlust von 381,00 DM brutto im Monat. Alles legal mit dem Tarifvertrag abgesichert.

Dieser ganze Bericht zeigt einmal deutlich, wie kompliziert diese Tarifverträge aufgebaut sind. Einmal um die Kollegen um ihren sauer verdienten Lohn zu prellen und zum zweiten, die Tarife so kompliziert zu machen, daß sie keiner versteht, um damit zu betrügen. In den Verhandlungen mit den Vorgesetzten wurde dem Kollegen erklärt, daß er kein Recht auf das ihm fehlende Geld habe, man sicherte ihm aber zu, die Sache „wohlwollend" zu behandeln und man würde später entscheiden, wie man ihm da „helfen" könne. Die Kollegen, die von dieser Sauerei erfuhren, waren über die Art dieser Sauereien und über die Tarifverträge sehr empört und viele erkannten die wirkliche Funktion dieser „Verträge".

Eine Woche später wurde dieser Betrug „wohlwollend" von höheren Vorgesetzten behandelt. Zu dieser Verhandlung wurde natürlich nicht der Rote Betriebsrat hinzugezogen, sondern ein „verständnisvoller" freigestellter IGM-Betriebsrat. Das Ergebnis war auch dementsprechend: Man machte den Kollegen zum Zeitlöhner in Lohngruppe 7 mit 10,00 DM Stundenlohn. Dies ist ein glatter Witz, somit verdient der Kollege immer noch ca. 1,50 DM weniger in der Stunde, als ihm zusteht, aber wie gesagt, alles legal nach Tarifvertrag. Nach diesem Ergebnis wurden noch eine Reihe Diskussionen in der Werkstatt geführt und es wurde sehr richtig herausgestellt, daß Lohnfragen Machtfragen sind, solange wir schwach sind, können sie uns übers Ohr hauen, so wie in diesem Fall, sind wir aber stark, können sie es nicht mehr!

Rotfront!
Genosse von Elac

86 Überstunden in einem Monat

Liebe Genossen!

Ich arbeite zur Zeit aushilfsweise als Packerin in einer Zweigniederlassung eines pharmazeutischen Großhandelsbetriebes.

Vom letzten Jahr an bis zum Sommer dieses Jahres sind in diesem Betrieb 187 Kollegen entlassen worden! Die Belegschaft beträgt jetzt noch 300 Mann. Die Arbeit ist aber nicht weniger geworden, und so zwingt man die Kollegen dazu, eine unzumutbare Zahl von Überstunden zu leisten. Bespielsweise hat mir ein Kollege erzählt, der dort als Fahrer arbeitet, daß er im vergangenen Monat 86 Überstunden gemacht hat! Zwar werden ihm die Überstunden mit 25% Aufschlag bezahlt, aber dafür sieht er seine Familie unter der Woche nicht mehr, da er nach der Arbeit gleich totmüde ins Bett fällt. Aber nicht nur, daß die Kapitalisten dort rücksichtslos die Kollegen schinden, sie haben sich auch etwas ausgedacht, um noch zusätzlich Geld zu sparen! So hat mir der gleiche Kollege erzählt, daß in der Firma auch Rentner arbeiten, um ihre kümmerliche Rente etwas aufzubessern, die ihre Überstunden überhaupt nicht bezahlt bekommen!

Ebenso wie bei den Fahrern werden auch von den Packern Überstunden verlangt! Bei meiner Einstellung wurde mir gesagt, daß die offizielle Arbeitszeit bis 20 Uhr geht. In den zwei Monaten, wo ich jetzt dort arbeite, waren wir nur ein einziges Mal wirklich um 20 Uhr fertig. Normalerweise dauert die Arbeit dort bis 21 Uhr und vor oder nach Feiertagen sogar noch länger! Eine Kollegin aus der Packerei hat erzählt, daß sie im letzten Jahr an den Tagen vor Weihnachten bis 23 Uhr gearbeitet haben!

Außerdem zahlen die Kapitalisten dort die reinsten Hungerlöhne! Die Fahrer verdienen 7,81 DM und die Packer 6,83 DM! Die Kollegen unter den Packern, die über 50 Jahre alt sind, bekommen gleich noch weniger, 6,53 DM! Die offizielle Begründung für diese Unverschämtheit ist, daß die älteren Kollegen nicht mehr so schnell arbeiten können und deshalb auch weniger verdienen. Aber natürlich müssen sie dieselbe Arbeit leisten, sie stehen genauso am Band wie die anderen Kollegen in der Packerei und zu Überstunden werden sie verstärkt herangezogen! Einen Betriebsrat gibt es dort auch, aber er begründet alle Ausbeutungsmaßnahmen vor den Kollegen damit, daß sie von der Hauptstelle in Frankfurt angeordnet sind, und er deswegen nichts dagegen machen kann usw.

Rotfront!
Eine Genossin aus Nürnberg

Mehr Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst?

Demagogischer Appell des DGB-Apparates

Schlagzeilen in der bürgerlichen Presse machte kürzlich ein Ruf der DGB-Bonzen an den Staat nach mehr Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst. Durch eine „offensive Personalpolitik" soll der Staat, so appellierte das DGB-Bundesvorstandsmitglied Gerhard Schmidt, „einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten".

Offensive Personalpolitik? Eine offensive Personalpolitik hat der Bonner Staat in den vergangenen Jahren doch gemacht. Nur eben meistens „offensiv" in die umgekehrte Richtung, in Richtung Personalabbau. Sollte den DGB-Bonzen dies entgangen sein?

Allein bei der Bundesbahn wurden in den vergangenen drei Jahren mehr als 50.000 Arbeitsplätze vernichtet. Und diese Offensive soll fortgesetzt werden. Weit über 100.000 weitere Arbeitsplätz will der Staat in den kommenden Jahren im Rahmen eines großen Rationalisierungsfeldzuges bei der Bahn „einsparen". In anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes, wie z. B. im Gesundheitswesen oder bei der Post sieht es nicht grundlegend anders aus.

Es gibt natürlich auch Bereiche im öffentlichen Dienst, in denen das Personal keineswegs verringert, sondern sogar kräftig aufgestockt wird. Das sind die Bereiche, die unmittelbar zum staatlichen Unterdrückungsapparat gehören, wie z. B. Polizei und Bundesgrenzschutz. Wo es um die Sicherung der Ausbeuterherrschaft des Kapitals, um die Niederhaltung der Kämpfe der Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung geht, da ist die Regierung alles andere als knauserig. Das Vorantreiben der Faschisierung läßt sie sich eine Menge kosten. Personalaufstockungen, die diesem Zweck dienen, etwa die Vergrößerung der Polizei, müssen wir natürlich nicht nur ablehnen, sondern schärfstens bekämpfen.

Der Appell des DGB-Apparats dient unter anderem genau dazu, den Klassencharakter des bürgerlichen Staates zu verschleiern, zu verschleiern, daß der Bonner Staat das Werkzeug der Kapitalisten zur Unterjochung der Arbeiterklasse und zu ihrer Ausplünderung ist, daß sein entscheidender Zweck darin besteht, den Freiheitskampf der ausgebeuteten und unterdrückten Massen gegen das Kapital gewaltsam zu unterdrücken.

Natürlich müssen wir uns dagegen wehren, daß bei der Bundesbahn oder im Gesundheitswesen auf Kosten der Werktätigen Einsparungen vorgenommen, daß dort Arbeitsplätze vernichtet werden. Klar, daß wir für mehr Krankenhäuser, für mehr Pflegepersonal, für mehr Kindertagesstätten und dergleichen kämpfen. Aber solche Forderungen wird der kapitalistische Staat nur erfüllen, wenn er durch revolutionäre Kämpfe der werktätigen Massen dazu gezwungen wird. Ist es etwa die Absicht des DGB-Apparats, solche Kämpfe zu fördern und zu unterstützen? Das genaue Gegenteil will er. Er versucht, die Massen mit allen Mitteln vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten.

Die Appelle des DGB-Apparates an den Staat, er solle doch etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun, dienen doch gerade dazu, uns einzureden, wir könnten unser Heil von der Bonner Regierung, von diesem Staat, von den Institutionen und Vertretern der Kapitalistenklasse erwarten. So wollen uns die Bonzen und Arbeiterverräter an das kapitalistische System ketten und die werktätigen Massen davon abhalten, den einzigen wirklichen Ausweg zu beschreiten, der aus Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen und wachsendem Elend herausführt: den Weg des revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus und gegen den bürgerlichen Staat, den Weg des Kampfes für den gewaltsamen Sturz der bürgerlichen Ausbeuterherrschaft.

Die Bonzen rufen nach mehr Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, sie wettern gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung. Aber fragen wir sie doch einmal, wie es damit in den Betrieben des DGB-eigenen Konzerns steht, in den co-op-Läden zum Beispiel oder in den Bauunternehmen des DGB-Apparats! Die Kollegen dort können uns ein Lied davon singen! Dort werden genauso Rationalisierungsmaßnahmen auf den Knochen der Arbeiter und kleinen Angestellten durchgezogen und skrupellos Arbeitsplätze vernichtet. Schon daran zeigt sich der heuchlerische Charakter und die Verlogenheit der Appelle des DGB-Apparats.

Bundesbahn: Stillegungen geplant

Fortsetzung von Seite 1

schließlich dem Ausbau und der Verbesserung der Bundesbahn im Interesse der Kapitalisten dienen. Die bürgerliche Wirtschaftszeitung „Handelsblatt" hob hervor: „Die Wirtschaft braucht die Nebenstrecken kaum." Sie wies auch darauf hin, daß bereits heute 90% des Güterverkehrs der Bundesbahn auf genau den Teilen des Streckennetzes bewältigt werden, die von den Stillegungsplänen verschont werden. **Mit einem Wort: als staatlich subventioniertes billiges Transportmittel für die Kapitalisten bleibt der Bahnbetrieb unangetastet, wird er sogar weiter verbessert und ausgebaut. Als Verkehrsmittel für die Werktätigen dagegen wird er eingeschränkt, werden Strecken und Bahnhöfe rücksichtslos stillgelegt.**

Der enorme Personalabbau bei der Bundesbahn ist allerdings nicht allein durch die Reduzierung des Streckennetzes bedingt. Wie in den privaten Firmen auch, so verschärfen die Bosse auch bei der Bundesbahn brutal die Arbeitshetze, rationalisieren sie auf den Knochen der Werktätigen, pressen sie aus einer geringeren Zahl von Eisenbahnern viel höhere Leistungen als zuvor heraus. Dadurch steigen nicht nur die Arbeitsunfälle im Bahnbetrieb selbst. Auch die Verkehrssicherheit auf der Schiene wird geschwächt. Denn wenn die Eisenbahner unter größerem Streß stehen, wenn sie stärker angetrieben und gehetzt werden, kommt es auch eher dazu, daß Sicherheitsbestimmungen vernachlässigt und Fehler gemacht werden.

Wenn also die Herren in Bonn die Stillegungen, Rationalisierungsmaßnahmen und den Personalabbau bei der Bundesbahn damit bemänteln wollen, daß es ihnen angeblich darum gehe, mit Steuergeldern sparsamer zu wirtschaften, so ist das nichts als Heuchelei, mit der sie von dem volksfeindlichen Charakter ihrer Maßnahmen ablenken wollen. Es ist hier dasselbe, wie in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes: da, wo es um Einrichtungen geht, die die Arbeiter und unteren Angestellten, die werktätigen Massen brauchen, wird eingespart, eingeschränkt und stillgelegt, damit um so mehr Geld in jene Kanäle geleitet werden kann, die die Profite und den Reichtum der Kapitalisten, vor allem der Monopolkapitalisten, anschwellen lassen. Nehmen wir das Gesundheitswesen, wo der Staat skrupellos Krankenhausbetten und die Planstellen für Pflegepersonal abbaut, wo Krankenhäuser geschlossen und die medizinische Versorgung der werktätigen Massen weiter verschlechtert wird, während andererseits die sagenhaften Gewinne der Arzneimittelkonzerne nicht im geringsten angegriffen werden. Oder nehmen wir das Schulwesen, wo einerseits sich das Heer der arbeitslosen Lehrer vergrößert, während gleichzeitig die Schulklassen überfüllt sind.

Der Bonner Staat tritt die Interessen der Werktätigen mit Füßen, weil er ein Ausbeuterstaat ist. Den Reichen geben, den Armen nehmen, das ist das Grundprinzip seiner „Sozialpolitik". Das Geschwätz vom „Sozialstaat" kann deshalb nicht verhindern, daß immer mehr Arbeiter und kleine Angestellte erkennen, daß dieser Staat das Werkzeug der Kapitalistenklasse ist, daß er nur dazu da ist, die Herrschaft der Kapitalisten und ihre Profitinteressen zu sichern und notfalls mit Gewalt und brutaler Unterdrückung durchzusetzen. Im Kapitalismus ist alles dem Profitstreben einer Handvoll reicher Schmarotzer untergeordnet. Arbeitslosigkeit, Armut, wachsende Verelendung der werktätigen Massen sind deshalb unvermeidliche Konsequenzen dieser Gesellschaftsordnung. Der kapitalistische Staat ändert daran nichts, sondern er zieht stets am gleichen Strang. Das beweist die Realität immer wieder. Wer den ausgebeuteten und unterdrückten Massen das Gegenteil einreden will, wer sie mit Hoffnungen in diesen Staat, in die Reformen der Regierung einlullen und vom Kampf für ihre Interessen abhalten will, ist ein Betrüger, ein Feind des arbeitenden Volkes, ein Lakai der Kapitalistenklasse.

Eines Tages werden die ausgebeuteten und unterdrückten Massen sich gegen diesen Staat, den sie immer mehr hassen lernen, in breiter Form erheben, werden sie ihn durch die bewaffnete Revolution stürzen, um sich zu befreien. Sie werden ihren eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichten. Das ist der einzige Weg für das arbeitende Volk, um seine Interessen durchzusetzen und um mit Ausbeutung, Unterdrückung, Arbeitslosigkeit und Elend Schluß zu machen und sich ein glückliches Leben durch den Aufbau des Sozialismus zu erkämpfen.

Das heißt nicht, daß die Werktätigen nicht erfolgreich gegen Angriffe des Bonner Staates kämpfen, daß sie nicht Forderungen an die Bonzen in Bonn richten und sie zwingen können, solche Forderungen zu erfüllen. Etwa, daß bestimmte Krankenhäuser nicht geschlossen oder bestimmte Bahnlinien nicht stillgelegt werden. Aber solche Erfolge können nur durch revolutionäre Kämpfe der Massen errungen werden, denn freiwillig macht dieser kapitalistische Staat keine Zugeständnisse.

Kämpfen wir gegen die Angriffe des Bonner Staates auf die Interessen der Werktätigen im Sozialbereich! Gegen die volksfeindlichen Spar- und Rationalisierungsprogramme! Gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen in diesen Bereichen! Kampf den Streckenstillegungen und der Einschränkung des Personenverkehrs bei der Bahn! Kampf den Rationalisierungsmaßnahmen, der Arbeitsplatzvernichtung und der verstärkten Antreiberei in den Eisenbahnbetrieben!

Krupp-Arbeiter wehren sich gegen Stillegung

1500 Arbeitsplätze in Gefahr

Die Krupp-Konzernherren planen die Stillegung des Industrie- und Stahlbaus in Duisburg-Rheinhausen. Mindestens 1.500 Arbeitsplätze würden dadurch vernichtet. Die Kollegen sind empört und sie wollen für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Das zeigten sie nachdrücklich, als sie vor einiger Zeit in einen zweistündigen Warnstreik gegen die Pläne der Krupp-Kapitalisten traten und in einer Protestdemonstration durch die Rheinhausener Innenstadt zogen.

Krupp-Boss Petry und Co. versuchen die Stillegung mit einer fadenscheinigen Begründung zu rechtfertigen: das Gelände des Industrie- und Stahlbaus würde für die Erweiterung des benachbarten Krupp-Hüttenwerkes benötigt. Das ist jedoch eine Lüge! In Wahrheit hat die ehemalige Stadt Rheinhausen (die inzwischen



Die Krupp-Arbeiter demonstrieren gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze.

nach Duisburg eingegliedert wurde) für die Erweiterung schon längst ein 400.000 Quadratmeter großes Gelände besorgt und erschließen lassen, was insgesamt acht Millionen Mark an Steuergeldern verschlungen hat.

Die Krupp-Bosse, die sich vor der Empörung und dem Widerstand der Arbeiter und kleinen Angestellten fürchten, versuchen die Belegschaft möglichst lange im Unklaren über ihre genauen Absichten zu lassen. So hieß es zunächst, die Fertigungsbetriebe sollen nach Essen verlagert werden. Eine sogenannte „Verlagerung" nach Essen wäre natürlich auch schon ein harter Schlag gegen die Belegschaft. Auf jeden Fall würde dabei der größte Teil der Arbeitsplätze wegrationalisiert. Andererseits aber heißt es jetzt, daß überhaupt noch nicht endgültig entschieden sei, was mit den Betrieben geschehen soll. So versuchen die Kapitalisten Unsicherheit und Verwirrung zu stiften, um die Kampfentschlossenheit der Arbeiter zu schwächen. Jetzt gibt es Gerüchte, daß bis Ende des Jahres von den 600 Beschäftigten im Industriebau 150 entlassen werden sollen.

Der Betriebsrat und die IGM-Bonzen geben sich als harte Kontrahenten der Krupp-Kapitalisten. Sie versuchen, die Führung und Kontrolle des IGM-Apparates in der Bewegung der Arbeiter und Angestellten gegen die Stillegungen durchzusetzen. Aber so radikal sie auch tönen mögen, in Wirklichkeit geht es ihnen nur darum, zu verhindern, daß die Belegschaften sich entschlossen und konsequent gegen den Angriff auf ihre Arbeitsplätze wehren. Der Kampf für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Kollegen gegenüber diesen Arbeiterverrätern wachsam sind.

Wenn die Kollegen der Krupp Industrie- und Stahlbau sich zusammenschließen und sich nicht vom Gewerkschaftsapparat davon abhalten lassen, militante Kampfmaßnahmen zu ergreifen, können sie die Krupp-Kapitalisten in die Enge treiben. Die Krupp-Bosse rationalisieren in allen Bereichen ihres Konzerns. Stillegungen und Entlassungen sind auch bei den Hüttenwerken in Rheinhausen und in den verschiedenen Krupp-Betrieben in Essen, Bochum usw. geplant oder schon im Gange. Die Empörung über die brutalen Rationalisierungsmaßnahmen, über steigende Arbeitshetze und Lohneinbußen ist überall im Konzern im Wachsen.

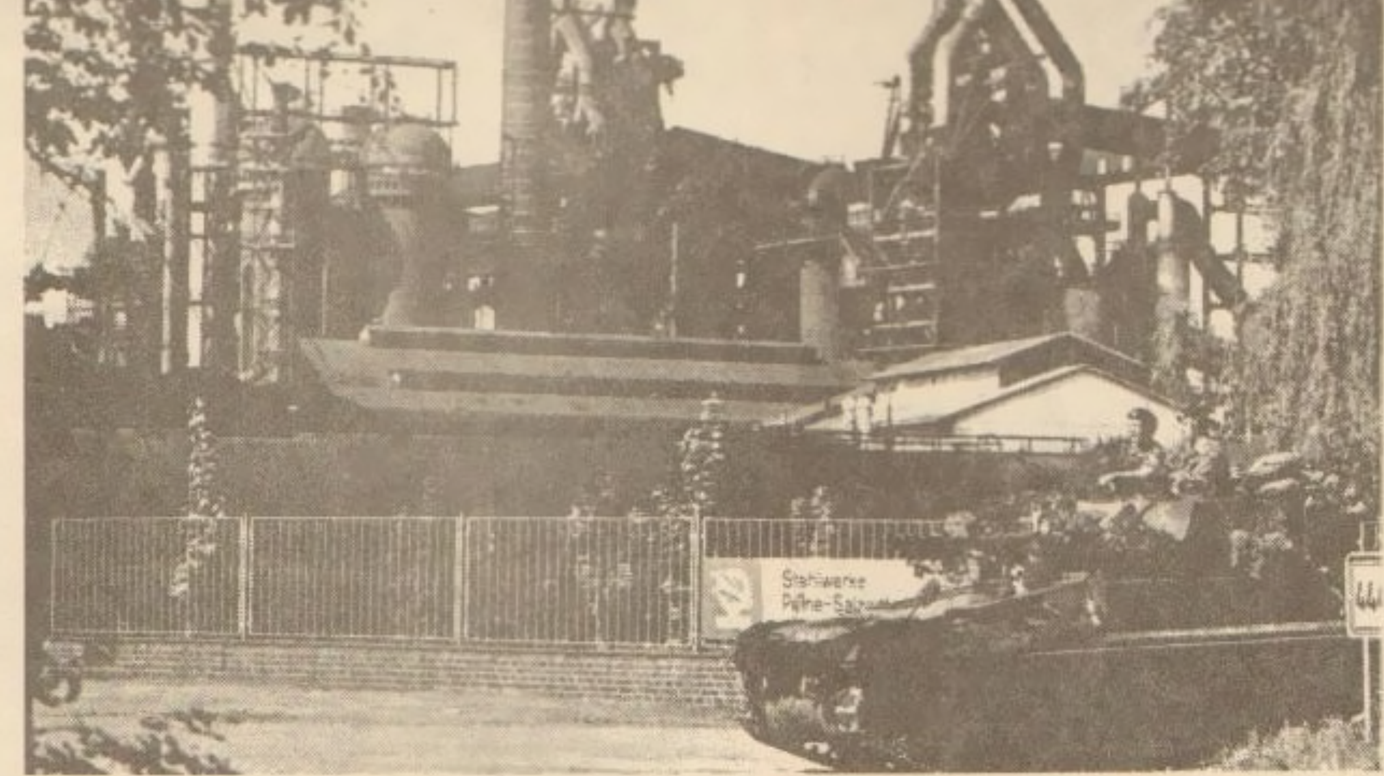
Deshalb ist es für die Krupp-Herren durchaus gefährlich, wenn die Kollegen des Industrie- und Stahlbaus den Kampf aufnehmen. Ein militanter, machtvoller Streik in Rheinhausen würde den Widerstand und die Kampfentschlossenheit der Kollegen im ganzen Krupp-Konzern enorm stärken. **Deshalb: entschlossener Kampf gegen die Stillegungspläne der Krupp-Bosse! Kampf gegen jede Entlassung! Kein einziger Arbeitsplatz darf vernichtet werden!**

Panzer vor der Hütte: Nichts Ernstes

Dieses Bild wurde im „Peiner und Salzgitter Stahlkurier", der von den Kapitalisten der Salzgitter herausgegebenen Werkszeitung, veröffentlicht. Der Schreiberling der Bildunterschrift fühlte sich bemüßigt, die Leser der Zeitung — sie wird hauptsächlich an die Arbeiter verteilt — in diesem Zusammenhang an einen Film über einen „wilden" Streik zu erinnern, der vor kurzem auf dem Werksgelände gedreht wurde. Aber nur, um gleich darauf den Gedanken, der Panzer könnte irgendetwas mit den Kämpfen der Arbeiter zu tun haben, weit von sich zu weisen. Der Panzer ist nur zufällig vor der Hütte vorbeigefahren — „Also wiederum nichts Ernstes..."

„Nichts Ernstes"?

Mag sein, daß der Panzer zufällig an der Hütte vorbeigefahren ist. Aber



wir wissen, daß die Kapitalisten zur Niederschlagung der Kämpfe nicht nur die Polizei aufmarschieren lassen, sondern, wenn sie es für erforderlich halten, auch Panzer und Soldaten. Die Bundeswehr übt ja schon heute die Unterdrückung der Kämpfe revolutionärer Arbeiter.

Bundessozialgericht

Wer kündigt , handelt grob fahrlässig

Wer sein Arbeitsverhältnis selbst kündigt, ohne konkrete Aussicht auf einen neuen Arbeitsplatz zu haben, begeht nach einem Grundsatzurteil des Bundessozialgerichts „vorsätzlich, zumindest aber grob fahrlässig, eine schwere Verletzung seiner Sorgfaltspflicht". In dem Grundsatzurteil wird die schon bestehende Praxis, daß eine Sperrfrist von zwei oder vier Wochen bei der Auszahlung des Arbeitslosengelds verhängt wird wenn man selbst kündigt und dann keinen Arbeitsplatz mehr findet, bekräftigt und in verschiedener Hinsicht noch schärfer abgesichert.

Ausdrücklich wird in dem Urteil festgestellt, daß „bei einem Ortswechsel der betreffende Arbeitnehmer nicht unterstellen darf, daß er an seinem neuen Wohnort wieder einen für ihn geeigneten Arbeitsplatz finden werde". Das bedeutet also: auch dann wird die Sperre verhängt, wenn man praktisch gezwungen war, zu kündigen, weil man, egal aus welchem Grund, seinen Wohnort wechselte.

Im übrigen wird in dem Urteil folgende höchstrichterliche Feststellung getroffen: „Der persönliche Eindruck des Arbeitnehmers, daß es mit der Wirtschaft wieder aufwärts gehe, reicht nicht aus, um eine Sperrfrist abzuwenden."

Die Argumentation, mit der das Bundessozialgericht dieses arbeiterfeindliche Urteil begründet, ist schon bemerkenswert zynisch! Ein Arbeiter, der kündigt und keinen neuen Arbeitsplatz mehr findet, begeht eine „schwere Verletzung seiner Sorgfaltspflicht"!

Und die Kapitalisten? Welche Sorgfaltspflichten haben die eigentlich? Offenbar nur die folgende: ihren Profit zu sichern und zu erhöhen. Und dafür müssen rücksichtslos Arbeitsplätze vernichtet werden, denn das Rezept heißt: Lohnkosten drücken und gleichzeitig den Umsatz steigern; aus weniger Arbeitern mehr herauspressen.

In einer Hinsicht hat jedoch der höchstrichterliche Spruch auch sein Positives: er erzieht die Arbeiter zur Wachsamkeit. Wodurch? — Nun, jene Kollegen, die im vergangenen Jahr der massiven Propaganda aus Bonn über den „wirtschaftlichen Aufschwung" und den „Abbau des Arbeitslosensockels" Glauben schenkten, verletzten doch nach dem Richterspruch ihre „Sorgfaltspflicht", wenngleich zwar nicht vorsätzlich, so doch „grob fahrlässig". Merke: sei wachsam gegenüber den Propagandalügen der Bourgeoise!

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Kommunistische Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der HDW

Tankerkatastrophen

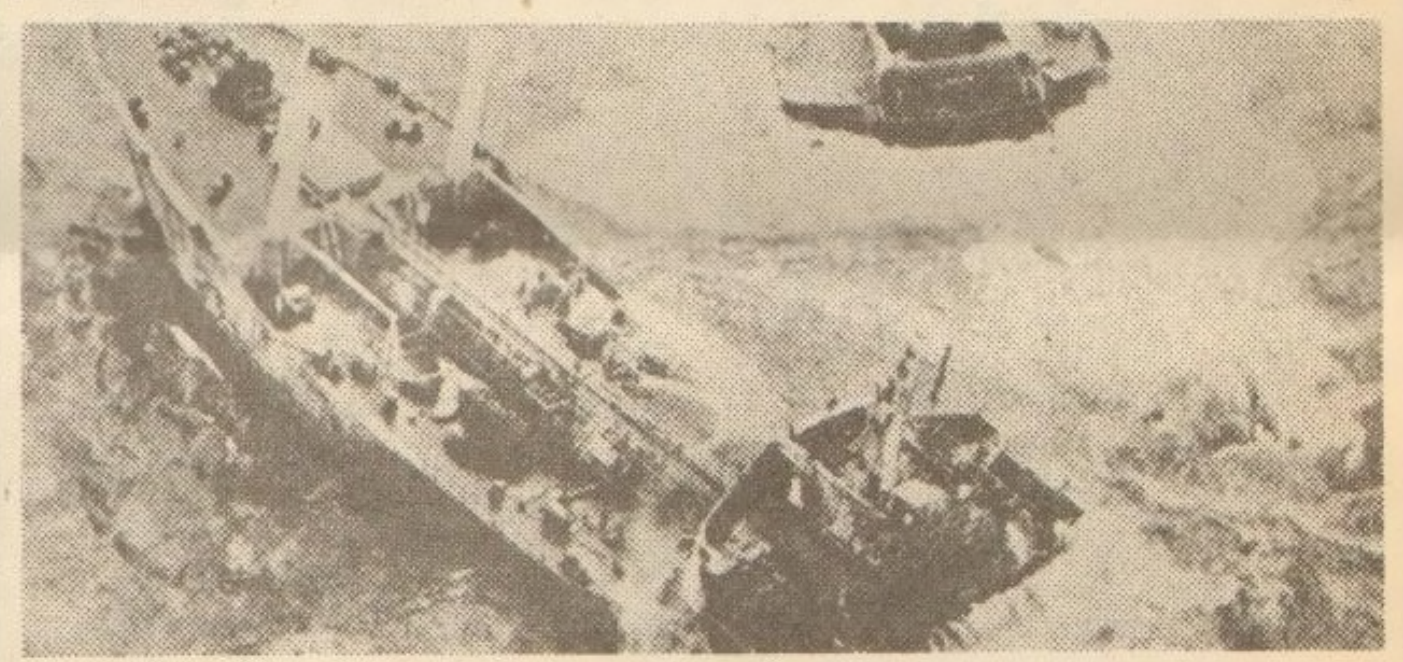
Anfang 1975 lief der japanische Supertanker „Showa Maru", der mit 233.622 Tonnen Rohöl beladen war, in der Straße von Malakka auf ein Riff. 4,5 Millionen Liter Rohöl liefen ins Meer. Seitdem sind die schweren Tankerunglücke nicht mehr abgerissen. Allein im letzten halben Jahr verunglückten fünf Tanker, über 50.000 t Millionen Liter Öl ergossen sich ins Meer und verschmutzten das Wasser und Tausende Kilometer Küste.

Der amerikanische Schiffbauexperte Noel Mostert sagt: „Würden nur zehn Supertanker gleichzeitig platzen und völlig leerlaufen, dann müßte die Welt sterben." Begründung: Die mit einer Ölschicht lückenlos überzogenen Meere könnten keinen Sauerstoff mehr produzieren.

Wie kommt es zu diesen Tankerkatastrophen, wie kommt es, daß diese schwimmenden Zeitbomben zu einer solchen Gefahr für unsere gesamte Umwelt werden?

Aufgrund der weltweiten Krise sehen sich die Werftkapitalisten — ob japanische, deutsche... — gezwungen, noch billiger als bisher zu produzieren, um im mörderischen Konkurrenzkampf der Werften die Nase vorn zu haben. Das bedeutet auf der einen Seite Senkung der Personal- und Produktionskosten und führt zur totalen Rationalisierung der Werften, zu verschärfter Ausbeutung der Werftarbeiter und zu massenhafter Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Auf der anderen Seite bedeutet das aber auch billigste Schiffbauqualität und kostensparende Materialverarbeitung. Besonders im Tankerbau sind die Schiffe in den letzten Jahren von 50.000 t auf 500.000 t angewachsen. Die Außenhaut dieser Schiffe hat sich aber nicht wesentlich verändert, es besteht aus 20 bis 30 mm Stahlblech. Die Tanker sind so konstruiert, daß sie möglichst viel Öl fahren müssen oder daß ein Teil der Tanks mit Wasser gefüllt wird (wing-tanks), sonst würden diese Riesenschiffe auseinanderbrechen. Ein vollbeladener Tanker ist wie ein mit Wasser gefüllter Luftballon. Millionen Liter Öl werden von einer dünnen Außenhaut zusammengehalten. Der Druckausgleich zwischen der Ladung und dem Seewasser ist so knapp bemessen, daß schon bei einer kleinen Unregelmäßigkeit (wie über Grund laufen u. ä.) Risse in der Außenhaut entstehen. Außerdem



Auseinandergebrochene „Argo Merchant": 29 Millionen Liter Öl liefen aus

besitzen die Supertanker im Gegensatz zu normalen Frachtern nur unter dem Maschinenraum einen Doppelboden, der im Falle eines Risses in der Außenhaut einen zusätzlichen Schutz bedeuten würde. Dazu kommt, daß die Supertanker nur über einfache Längsschotten und Querschotten verfügen, und lediglich das Schott zwischen Maschine und Ladetank und die Bugsektion extra verstärkt ist.

Ein Supertanker kann wegen seiner übergroßen Länge (300-400 m) nicht auf den Wellen schwimmen, sondern muß die Wellen gleichsam durchpflügen. Diese enorme Belastung durch den Wellendruck läßt das Material relativ schnell ermüden. Es bilden sich hauptsächlich in den Schweißungen haarfeine Risse, die sich bei ständig hoher Belastung schnell vergrößern.

Das japanische Amt für Seefahrtsicherheit kommt nach den zahlreichen Tankerunglücken zu dem Schluß, daß aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus minderwertige Qualität gebaut wurde und urteilt: „Die Schiffe zeigten Schwächen in der Konstruktion der Trennwände und der Außenhaut. Das unzureichende Rahmenwerk ist auf wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen."

Aber nicht genug damit, daß die Werftkapitalisten (besonders in Japan) aus Profitgier Pfusch im Schiffbau machen — wenn der Neubau abgeliefert ist, kommen die kapitalistischen Reeder und flaggen ihre Schiffe in sogenannte Billigflaggen-Länder aus. Die Reeder lassen ihre Schiffe in Ländern wie Liberia oder Panama gegen ein Spottgeld (ca. 3,00 DM pro Tonne Tragfähigkeit) registrieren und fahren fortan unter der Flagge dieser Länder. Hier gibt es auch keine Vorschriften über die Stärke und den Ausbildungsstand der Besatzungen, die diese Schiffe fahren.

So lassen die Reeder aus reiner Profitgier schrottreife Schiffe auf den Meeren fahren. Obwohl diese Billigflaggen-Schiffe nur 15% der Welthandelsflotte ausmachen, verursachen sie zwei Drittel aller Seeunfälle. Dazu kommen noch unerfahrene Offiziere — in Panama kann man für fünf Dollar ein Kapitänspatent kaufen ohne den Nachweis einer entsprechenden Ausbildung erbringen zu müssen — und Mannschaften. Die Mannschaften bestehen zumeist aus Asiaten, die für einen Hungerlohn auf den Schiffen arbeiten müssen, weil sie andernfalls in ihren Ländern überhaupt keine Arbeit finden würden.

Die Supertanker und anderen Großschiffe, die auf unseren Weltmeeren fahren, sind in ihrem augenblicklichen Zustand schwimmende Zeitbomben und schwimmende Särge. Und das hat seine Ursache einzig und allein im kapitalistischen Wirtschaftssystem, in der kapitalistischen Profitgier. Das fängt bei den Werftkapitalisten an und setzt sich bei den Reederkapitalisten fort.

So wie die Seeleute in aller Welt für höheren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und bessere soziale Versorgung kämpfen, so kämpfen auch die Werftarbeiter zunehmend gegen Rationalisierung und Massenentlassungen. Und dieser Kampf kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn er zum Ziel hat, das gesamte kapitalistische Ausbeutersystem zu beseitigen. Und damit wäre auch die Ursache für minderwertige Schiffbauqualität beseitigt. Erst im Sozialismus werden solide Schiffe in einer vernünftigen Größenordnung gebaut, weil dann nicht mehr die Jagd nach Höchstprofiten den Schiffbau bestimmt, sondern das Wohl und die Bedürfnisse des Volkes und dadurch auch die Sicherheit für die Menschen und die Umwelt gewährleistet ist.

Arbeiterkontrolle in Albanien

Eine Waffe der Diktatur des Proletariats

Das Problem, wie die Arbeiterklasse und alle Werktätigen die in der sozialistischen Revolution errungene Staatsmacht sichern und festigen können, ist nicht nur für das Proletariat in den sozialistischen Ländern von Bedeutung. Es bewegt auch die Arbeiterklasse hier in Westdeutschland und in den anderen kapitalistischen Ländern.

Denn mit der Lüge über die notwendige Entartung des Sozialismus, mit der Lüge über die notwendige Entstehung einer neuen Bourgeoisie versucht die Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern die Arbeiterklasse in die Resignation zu treiben, sie vom Kampf für den gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerstaates abzuhalten.

Die mächtigste Waffe der Arbeiterklasse zum Kampf gegen eine Restauration des Kapitalismus ist die Diktatur des Proletariats, ist die führende Rolle der kommunistischen Partei in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ein entscheidendes Mittel der Partei und der Diktatur des Proletariats, um die Revolution und den sozialistischen Aufbau ununterbrochen bis zum vollständigen und endgültigen Sieg voranzutreiben, ist die Arbeiter- und Bauernkontrolle. In Artikel 10 der neuen albanischen Verfassung heißt es: **„Die Arbeiterklasse als führende Klasse der Gesellschaft, die Genossenschaftsbauern sowie die übrigen Werktätigen üben unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens eine direkte und organisierte Kontrolle über die Tätigkeit der Staatsorgane, der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und ihrer Werktätigen aus, um die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen und die sozialistische Ordnung zu festigen.“** Und Genosse Enver Hoxha betont: **„Die Kontrolle der breiten Massen der Arbeiter und Bauern, des ganzen Volkes über die Tätigkeit der Organe und Angestellten der Staatsmacht ist eine der wichtigsten Bedingungen dazu, die Volksmacht weiter zu festigen und zu demokratisieren und den Bürokratismu erfolgreich zu bekämpfen. (. . .) Wenn die Kontrolle der Massen von unten über die Tätigkeit der Staatsorgane und ihrer Apparate gefestigt, die Teilnahme des Volkes am Regieren des Landes gesteigert und die sozialistische Demokratie fortwährend entfaltet wird, werden wir jede Quelle für eine Bürokratisierung verschütten, jedem Anzeichen der Entstehung des Revisionismus den Weg verlegen und jede Möglichkeit der Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Land unterbinden.“**

Die Arbeiterkontrolle in einem sozialistischen Staat ist also nicht etwa deshalb notwendig, weil — wie die Propagandisten der Bourgeoisie und die Revisionisten behaupten — die Werktätigen ihre Interessen gegen den Staat und gegen die Partei schützen müssen. Die Diktatur des Proletariats und die Partei verwirklichen ja gerade die Interessen der Werktätigen. Sie sind ja nichts anderes als mächtige Waffen in den Händen der Arbeiterklasse. Die Arbeiterkontrolle ist ganz im Gegenteil ein Mittel zur weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats. Sie kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie unter der Führung der Partei steht. Genosse Enver Hoxha betonte: „Klassenkontrolle heißt, daß die Arbeiterklasse sich erhebt und ihrer Partei bei der Durchführung einer von ihr erteilten Direktive hilft“; und: „Die Klassenkontrolle setzt die Direktive der Partei in die Tat um und gewährleistet, daß sie richtig ausgeführt wird.“

Welche Aufgaben hat die Arbeiterkontrolle? Sie hat erstens die Aufgabe, die hauptsächliche proletarische Kontrolle, die in einem sozialistischen Staat durch die kommunistische Partei und die Diktatur des Proletariats ausgeübt wird, durch eine Kontrolle von unten zu ergänzen. Diese Kontrolle von unten ist notwendig, um in der Praxis die Richtigkeit der Beschlüsse und Direktiven der Partei und der Staatsmacht zu überprüfen, um der Linie der Partei fremde und feindliche Erscheinungen zu bekämpfen. Sie hat zweitens die Aufgabe, die Entstehung von Bürokratismus im Staats- und Parteiapparat zu bekämpfen und zu verhindern. Sie hat drittens die Aufgabe, „die Werktätigen immer mehr dessen bewußt zu machen, daß sie selbst die allmächtigen Herren des Landes sind, die zu jeder Frage ihr entscheidendes Wort sagen müssen.“ Die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen geschieht unter der direkten Führung der Partei. Die Parteiorganisationen in den Betrieben, den landwirtschaftlichen Genossenschaften, den Militärverbänden und Stadtvierteln haben die Aufgabe, die Werktätigen politisch und ideologisch so zu erziehen, daß sie ihre Aufgabe in den Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen erfüllen können, sie stellen den Kontrollgruppen Aufgaben, diskutieren ihre Tätigkeit mit ihnen und mobilisieren die Werktätigen dazu, die von den Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Die Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen erstrecken ihre Tätigkeit auf sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Albanien: auf die Produktion, wo sie die Nutzung der Arbeitszeit, der Produktivität und der Qualität der Erzeugnisse, die Sparsamkeit usw. kontrollieren; auf den Bereich von Handel, Gesundheitsschutz, Verkehr usw., wo sie mit dem Ziel tätig werden, Diebstahl, Begünstigungen, Unregelmäßigkeiten und alle rechtswidrigen Handlungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß dem Volk so gut wie möglich gedient wird. Ständiger Gegenstand der Arbeiter- und Bauernkontrolle ist die Tätigkeit der Verwaltungen, der Apparate und leitenden Kader, um dort bürokratische, technokratische und andere dem Sozialismus fremde Tendenzen zu unterbinden. Dabei darf sich die Arbeiter- und Bauernkontrolle keineswegs bei Kleinigkeiten verzetteln. Genosse Enver Hoxha betonte: „Die Arbeiterkontrolle ist keine Verwaltungskontrolle über kleine, laufende und oberflächliche Dinge. Sie ist Ausdruck der Meinung und Haltung der Arbeiterklasse zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schlüsselfragen.“ Denn nur so kann die Arbeiter- und Bauernkontrolle ihre Aufgabe als Waffe der Diktatur des Proletariats erfüllen.

Entscheidend für die Erfüllung der Aufgaben der Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen ist, daß in ihnen wirklich die Massen und zwar vor allem die Arbeiter vertreten sind. Deshalb werden die Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen in den Arbeits- und Produktionsstätten, in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und in den Dienstleistungsbetrieben wo hauptsächlich Arbeiter tätig sind, aus den Reihen der Werktätigen dort gewählt. In den Verwaltungsapparaten und den verschiedenen Kultur-, Gesundheits- und sonstigen Einrichtungen dagegen, wo nicht hauptsächlich Arbeiter tätig sind, werden dagegen keine Kontrollgruppen bestimmt. Dort werden, wenn es notwendig ist, die Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen von außen her tätig. Um zu gewährleisten, daß durch die Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen tatsächlich die Massen ihr Wort sagen und nicht nur einzelne, werden in ihnen nacheinander, in Abständen von ungefähr einem Jahr, immer wieder neue Werktätige tätig. Natürlich nur solche, die bereits bewiesen haben, daß sie unbeirrbar auf der Seite der Revolution und des Sozialismus stehen, was keineswegs heißt, daß die Mitglieder dieser Kontrollgruppen Kommunisten, Mitglieder der Partei sein müssen. Gerade die Mitgliedschaft von parteilosen Werktätigen in diesen Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen ist von großer Bedeutung. Mitglied in den Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen zu sein, bringt den Werktätigen keinerlei Vorteile gegenüber den anderen Werktätigen ihres Arbeitsbereiches. Sie bekommen dafür kein Geld und erfüllen ihre Aufgaben hauptsächlich in der Freizeit.

Wenn Genosse Enver Hoxha sagt, daß die Arbeiter- und Bauernkontrolle Ausdruck davon ist, daß die Werktätigen in Albanien zu allen wichtigen Angelegenheiten ihr Wort sagen, so bedeutet das nicht, daß die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen sich in Stellungnahmen und Berichten erschöpft. Die Aufgabe der Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen beschränkt sich keineswegs darauf, Mängel, Schwächen und Unregelmäßigkeiten festzustellen, sondern besteht vor allem darin, an Ort und Stelle Maßnahmen zu treffen, um die kritisierten Mängel und Schwächen zu beheben bzw. Vorschläge darüber zu machen, wie sie zu beheben sind. So haben die Arbeiter- und Bauernkontrollgruppen beispielsweise das Recht, sofort einzuschreiten, wenn sie Handlungen feststellen, die gegen die vom Staat erlassenen Gesetze gerichtet sind, dem Parteistatut oder den Parteirichtlinien widersprechen.

Auf diese Weise erwies sich die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Albanien als eine wirksame Waffe der Diktatur des Proletariats, über deren Tätigkeit Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag feststellte: „Die direkte Arbeiter- und Bauernkontrolle hat sehr wertvolle Ergebnisse gebracht, da etliche Mängel und Schwächen, Erscheinungen des Liberalismus und Entstellungen und Überschreitungen der Gesetze unseres Staates und der Normen unserer Gesellschaft aufgedeckt und beseitigt werden konnten. Sie hat als wirkungsvolles Mittel gedient, um aus mehreren Verwaltungen, Wirtschaftsbetrieben und Kultureinrichtungen sowie aus Kadern und Parteiorganisationen den Staub des Bürokratismus und Schematismus auszuklopfen, im ganzen Land eine lebendige Atmosphäre zu schaffen, die Linie der Partei korrekt anzuwenden und die Aufgaben auf sämtlichen Gebieten des sozialistischen Aufbaus erfolgreich zu erfüllen.“

Revisionistisches

DIE PRIVATKAPITALISTEN UND SPEKULANTEN IN DEN REVISIONISTISCHEN LÄNDERN

Das kapitalistische Privateigentum gedeiht in allen revisionistischen Ländern und dehnt sich immer weiter aus. Dieser Sektor hat in der Landwirtschaft, im Handel, im Fremdenverkehr, im Handwerk usw. fest Fuß gefaßt. So hat er in der Landwirtschaft große Ausmaße angenommen. In der Sowjetunion haben sich die Fläche der sogenannten Eigenhöfe und der private Viehbestand äußerst vergrößert auf einige Millionen ha Land und zig Millionen Stück Vieh. Das Recht zur privaten Nutzung des Bodens haben nicht nur die Mitglieder der sogenannten Kolchosen und Sowchosen, sondern auch Angestellte und Fachleute, Direktoren und andere. Auf dem privaten Markt kaufen die sowjetischen Verbraucher heute 60% des Gemüses und 80% des Obstes. Auf aber Tausenden Märkten verkaufen in der Sowjetunion die Privatkapitalisten ihre Erzeugnisse. In Polen gehört rund 80% des Ackerlandes der neuen Schicht der Dorfkulaken. Ferner beträgt laut Angaben der polnischen Revisionistenzeitung „Zycie Warszawy“ die Zahl der Städter, die Land besitzen, rund eine halbe Million. Allein in Warschau zählt man 26.000 verschiedene Privatwirtschaften. In Bulgarien werden die privaten Agrarwirtschaften immer mehr zu Versorgern mit pflanzlichen und tierischen Produkten. Der bulgarischen Nachrichtenagentur BTA selbst zufolge, werden die Privatwirtschaften den Markt voraussichtlich mit 23% der Menge an Fleisch, 30% Eiern usw. versorgen. In Sofia verkaufen jeden Tag über 500 Privathändler. Auch in Ungarn erzeugen die sogenannten Eigenhöfe fast 40% der Milch, des Fleisches und des Gemüses des ganzen Landes.

Auch die privaten Handwerker führen nicht nur kleine Dienstleistungen und Reparaturen durch, sondern haben ihre Tätigkeit weiter ausgedehnt und selbst private Unternehmen geschaffen. In der Sowjetunion werden solche Dienstleistungen wie die Reparatur von Rundfunkgeräten, Fernsehapparaten usw. zum Großteil in privaten Werkstätten durchgeführt. In Polen gibt es Hunderttausende Handwerksbetriebe, deren Einkommen einige zig Milliarden Sloty beträgt. Ihre Besitzer beuten die Lohnarbeit Hunderttausender Arbeiter aus. Auch in Ungarn sind private Werkstätten und Betriebe umfassend aktiv.

Der kapitalistische Staat hat in diesen Ländern Bedingungen und Erleichterungen geschaffen, damit sich diese Form des Privateigentums ausdehnen und damit sie gedeihen kann. Sie hat seine allseitige Unterstützung, ob durch Gesetze oder auf finanziellem oder materiellem Gebiet. In der Sowjetunion ist die Kolchosordnung zerschlagen. Dadurch hat sich der Prozeß der Aktivierung der Kulakenelemente beschleunigt. Die Probleme der weiteren Entwicklung der Einzelwirtschaften der bulgarischen Bauern wurden kürzlich auf einem Aktiv im Republikmaßstab behandelt. Die Schiwkoff-Clique ergreift Maßnahmen, um den Privatbürgern zu Hilfe zu kommen. So hat die Nationalbank Bulgariens den Privatbauern Kredite in Höhe von 50 Mio. Lew bewilligt. Ferner hat der Staat in den letzten Jahren ihre Belieferung mit Kunstdünger, Futtermitteln, Rassetieren usw. beträchtlich gesteigert. Der polnische Sejm hat ein Sondergesetz gebilligt, das die Erschaffung privater Betriebe erleichtert und legalisiert. In Ungarn dürfen die kapitalistischen Unternehmen laut den herrschenden Gesetzen einige Dutzend Lohnarbeiter beschäftigen.

Die Privathändler und Spekulanten sind weitere Blutsauger der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen in der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern. So sind neben dem staatskapitalistischen Sektor, in dem die werktätigen Massen brutal kapitalistisch ausgebeutet werden, und der der hauptsächliche Ausbeuter ist, die Privatkapitalisten ein weiteres Produkt der kapitalistischen Wirtschaft und plündern und beuten die Massen aus. Durch die Profite aus der Mühe und dem Schweiß der breiten werktätigen Massen haben die Privateigentümer große Reichtümer angehäuft und führen ein luxuriöses Leben. So sind also die werktätigen Massen in der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern einer doppelten Ausbeutung unterworfen, durch den Staat, der sie als kollektiver Kapitalist ausbeutet und durch die neuen privaten Elemente, die sich auf Kosten der werktätigen Massen immer mehr mästen.

Vom Aufbau des Sozialismus

ÜBER DAS SOZIALISTISCHE DORF

Es gibt kein Dorf in Albanien, in dem nach der Befreiung, besonders nach der Kollektivierung der Landwirtschaft keine neuen Gebäude errichtet worden sind. Es wurden Wohnhäuser, Schulen, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen und anderes gebaut. Zahlreich sind vor allem die neuen Wohnhäuser, die von den Genossenschaftsbauern selbst mit ihrem Einkommen aus der gemeinsamen Arbeit in den Genossenschaften und mit der Hilfe des Staates durch Kredite und Baumaterial errichtet worden sind. Heute sind etwa 80% der gesamten Wohnhäuser auf dem Land Neubauten aus der Zeit nach der Befreiung. Viele weitere Wohnhäuser wurden renoviert.

Neben den Wohnhäusern, die von den Genossenschaftsbauern errichtet werden, hat auf dem Land auch der Wohnungsbau mit staatlichen Mitteln begonnen. So werden etwa ein Drittel der neuen Wohnungen im Laufe des 6. Fünfjahrplans 1976-1980 auf dem Land entstehen. Die Neubauten in den Dörfern werden nicht nur dazu beitragen, die Wohnverhältnisse der Genossenschaftsbauern weiter zu verbessern, sondern auch dazu, möglichst gute Wohnverhältnisse für die Jugendlichen aus den Städten zu schaffen, die weiter aufs Land gehen, um dort für immer zu leben und zu arbeiten.

Damit nach der Befreiung die Schulbildung auf dem Land stark verbreitet werden konnte und entsprechend der ständigen Erhöhung der Zahl der Schüler wurden in jedem Dorf Grundschulen errichtet. Im Zentrum der zusammengelegten Landwirtschaftlichen Genossenschaften, die gewöhnlich aus vier bis fünf Dörfern bestehen, gibt es eine Achtjahresschule und häufig auch eine höhere Schule. Alle Kinder der Genossenschaftsbauern besuchen die Achtjahrschulen, ohne dafür in die Städte gehen zu müssen. Durch die in mehreren Dörfern eröffneten allgemeinbildenden höheren Schulen und höheren landwirtschaftlichen Fachschulen, die regulär oder im Abendunterricht besucht werden können, entstehen immer bessere Bedingungen für die höhere Schulbildung auf dem Land.

Vor der Befreiung fehlte es in den albanischen Dörfern völlig an kulturellen Einrichtungen. Heute sind sie weitgehendst verbreitet. Jedes Dorf besitzt sein Kulturzentrum und im Zentrum der Landwirtschaftlichen Genossenschaft gibt es ein Kulturheim mit Vorstellungssaal, Kino, Bibliothek und anderem. Diese Einrichtungen sind zu Stätten der kulturell-künstlerischen Aktivitäten geworden, an denen die Bauernjugend in großem Umfang teilnimmt.

In den Dörfern Albaniens wurde auch ein weites Netz von Gesundheitseinrichtungen geschaffen, wie Ambulanzen, Mütterberatungsstellen, Entbindungsheime, regionale Krankenhäuser, Apotheken, Zahnkliniken usw. Ihre Zahl nimmt von Fünfjahrplan zu Fünfjahrplan zu und ist jetzt etwa fünfmal so groß wie 1960. Jedes Dorf hat heute seine Ambulanz und Mütterberatungsstelle. In jedem Zentrum der zusammengelegten Landwirtschaftlichen Genossenschaften gibt es ein Gesundheitszentrum mit Allgemeinpraktikern und zahnärztlichem und pharmazeutischem Dienst. Außerdem wurden in einer Reihe Dörfer regionale Krankenhäuser eingerichtet.

Damit die Kinder gut erzogen werden, und Mütter mit Kleinkindern alle Möglichkeiten haben, zur Arbeit zu gehen, wurden in jedem Dorf Kinderkrippen und Kindergärten eingerichtet. Die Zahl dieser Institutionen ist jetzt sechsmal so groß wie 1960. Für den Bedarf der ländlichen Bevölkerung gibt es in den Dörfern Bäckereien, Kantinen, handwerkliche Dienstleistungsbetriebe wie Schneider, Tischler, Schuster usw. Unser Genossenschaftsbauer braucht nicht mehr in die Stadt zu gehen, um Industriewaren zu kaufen, denn im Dorf findet er alles Nötige.

Im albanischen Dorf wird viel gebaut. Der Staat hat wichtige Investitionen zur vollen Elektrifizierung aller Dörfer für ihren Telefonanschluß, zur Versorgung der Dörfer mit Trinkwasser, für ihren Anschluß an das Fahrstraßennetz geleistet. Von April des vergangenen Jahres an trägt der Staat auf Beschluß der Partei und der Regierung auch die Ausgaben für den Bau und Unterhalt von Gesundheitseinrichtungen, Kinderkrippen und Kindergärten, Schulen und Kultureinrichtungen, die im Dorf gebaut werden.

Majdanek-Prozess in Düsseldorf

Die Bourgeoisie verhöhnt die Opfer

Majdanek — unbeschreibliches Grauen steht hinter diesem Namen. Hier, im KZ der Nazifaschisten, starben Hunderttausende, ja wahrscheinlich eine Million Menschen einen grauenhaften Tod. Vergast, erschlagen, erschossen, aufgehängt, ertränkt, gefoltert, erniedrigt. SS-Bestien übten mit Säuglingen Weitwurf, hetzten scharfe Hunde auf Kinder und Alte, peitschten Menschen mit Ochsenziemern tot, „selektierten" kaltlächelnd an einem einzigen Tag Tausende zum Tod in den Gasöfen.

Das war vor dreißig Jahren. Die Völker haben diese Verbrechen nicht vergessen. Gerächt allerdings wurden sie nie. Keiner der Mörder hat seine gerechte Strafe erhalten. Im Majdanek-Prozeß in Düsseldorf gibt sich die Bourgeoisie nicht einmal den Anschein, als suche sie Gerechtigkeit.

Im Gegenteil. Die Verbrechen werden verniedlicht, die Mörder gehätschelt und die Opfer nachträglich aufs zynischste verhöhnt.

Seit eineinhalb Jahren läuft nun schon die Verhandlung gegen die Mörder von Majdanek. Begonnen hatte dieser Prozeß allerdings schon früher, schon vor fast 30 Jahren. Begonnen hatte er damit, daß die Klassenjustiz alles daransetzte, um die Mehrzahl der Mörder entkommen zu lassen. Sie galten als verschollen, als unauffindbar — und die Klassenjustiz hütete sich, gegen die tausendfachen Mörder eine Großfahndung einzuleiten, ihre Steckbriefe in den Straßen anzuschlagen. Solange zögerte die Klassenjustiz den Prozeß hinaus, bis von den 12.000 bekannten Majdanek-Henkern noch ganze 15 auf der Anklagebank saßen. Daß das bei weitem nicht alle sind, deren Namen die Bourgeoisie kennt, zeigte sich in den ersten Verhandlungsmonaten. Dutzende von ehemaligen SS-lern, die an den Massenmorden beteiligt waren, traten da im Gerichtssaal auf — allerdings saßen sie nicht auf der Anklagebank, sondern im Zeugenstand.

Aber auch den Prozeß gegen diese 15 — von denen heute nur noch 14 übriggeblieben sind — hat die Bourgeoisie nur ungern eröffnet. Von Anfang an erklärte sie kategorisch, dies sei nun endgültig der letzte Massenprozeß gegen KZ-Mörder in der deutschen „Rechts"geschichte. Das ist nicht verwunderlich. **Die Justiz, die heute über die Majdanek-Verbrecher richten soll, steht im Dienst derselben Klasse, die die KZ-Morde damals befahl. Sie hat kein Interesse daran, diese Verbrechen aufzudecken und zu rächen. Die zahllosen Prozesse, in denen Nazimörder zwar überführt, aber freigesprochen oder zu lächerlich geringen Strafen verurteilt wurden, sind der Beweis dafür. Der Majdanek-Prozeß selbst beweist es aufs neue.**

Das beginnt schon damit, wie die Angeklagten von der Justiz behandelt werden. Halten wir uns nur einmal vor Augen, wie diese Justiz vorgeht gegen Revolutionäre, gegen unsere eigenen Genossen — denken wir an die jahrelange Isolationshaft der RAF-Gefangenen, denken wir an die vielen Ordnungsstrafen in Prozessen gegen den „Roten Morgen", in anderen Prozessen gegen die Partei, denken wir daran, wie unsere Genossen in Gerichtssälen zusammengeschlagen wurden, denken wir daran, wie sie angeschnauzt werden, wie ihnen der Mund verboten wird.

In Düsseldorf, wo es gegen die Schergen der Bourgeoisie geht, ist das ganz anders. Eine einzige der Angeklagten saß in Untersuchungshaft — auch sie ist inzwischen auf freiem Fuß, obwohl sogar der Haftrichter bestätigte, es bestehe weiterhin Fluchtgefahr. Keiner von ihnen sitzt auf der Anklagebank, sie haben es sich auf der Sachverständigenbank bequem gemacht. Sie lesen, schlafen, stricken — kein Richter erhebt Einwände. Fast eine Million Morde, die sie mitzuverantworten haben, sind in der Anklageschrift auf 250.000 zusammengeschrumpft. Von Mord wird gar nicht gesprochen in diesem Prozeß. „Tötungsvorgänge" nennt der vorsitzende Richter das Morden von Hunderttausenden. Am hellichten Vormittag, mitten in der Verhandlung, vertagt sich das Gericht, weil eine der Angeklagten ihren Zug kriegen will.

Oder denken wir daran, wie fortschrittliche Rechtsanwälte, die Revolutionäre verteidigen, verfolgt werden, wie sie ständig Gefahr laufen, wegen einer unbedachten Äußerung als „Komplizen" der angeklagten Genossen diffamiert zu werden, wie sich Prozesse und Ehrengerichtsverfahren gegen sie häufen. Auch das ist in Düsseldorf ganz anders. Rechtsanwalt Bock trägt unter seiner Robe ein Koppelschloß mit Siegesrune — kein Richter und keine Standeskammer nimmt Anstoß daran. Ein anderer Verteidiger, Stolting II, war Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Bromberg, er hat einen polnischen Arbeiter zum Tod verurteilt und mehrere Menschen ins KZ gebracht. Die historische Tatsache, daß die Hitler-Faschisten den zweiten Weltkrieg entfesselten, nennen diese Rechtsanwälte „alliierte Siegerpropaganda nach 1945", die Massenmorde in den KZs „Mißgeschick der Juden". Ungehindert verteilen derweil Mitglieder des faschistischen „Kampfbundes deutscher Soldaten" Flugblätter vor dem Gericht, in denen die Nazidiktatur verherrlicht wird.



Die Opfer der Massenmörder von Majdanek

Fertiggemacht, aufs übelste beschimpft und grausam verhöhnt werden dagegen diejenigen, die als Zeugen die Verbrechen der Faschisten anprangern und die Taten der Angeklagten entlarven — Menschen, die von den Angeklagten in KZs jahrelang gequält und gedemütigt wurden, die die entsetzlichsten Verbrechen mitansehen mußten, oder Sachverständige, die zeitgeschichtliche Gutachten ablegen wollen. Tagelang wurde gleich zu Beginn des Prozesses ein bürgerlicher Historiker beschimpft, weil er angeblich bei Juden studiert habe. Man muß sich das einmal vorstellen: In einem Prozeß, der angeblich Naziverbrecher bestrafen soll, muß ein Belastungszeuge den „Ariernachweis" führen, nicht anders als unter Freisler! Frauen, die in den KZs saßen, die eigens aus Polen anreisten, um der Wahrheit zum Recht zu verhelfen, werden von den Verteidigern bis aufs Blut gepeinigt, so daß sie sich schließlich in Widersprüchen verstricken, weinend aus dem Gerichtssaal hinausgeführt werden. Gegen eine der Zeuginnen, die als KZ-Häftling von der SS gezwungen wurde, Giftbüchsen mit dem Gas Zyklon B zur Gaskammer zu bringen, stellt einer der Rechtsanwälte sogar Strafantrag wegen „Beihilfe zum Mord". Es ist unglaublich, wie in diesem Prozeß Menschen, die jahrelang unter den Verbrechen des deutschen Imperialismus gelitten haben, von Vertretern eben dieser Klasse gedemütigt, verspottet und gepeinigt werden unter dem Deckmantel der „Wahrheitsfindung", im Namen des deutschen Volkes!

Die Bourgeoisie hat diesen Prozeß nie führen wollen, sowenig wie die anderen NS-Prozesse. So setzt sie denn auch alles daran zu vertuschen, was da in Düsseldorf vor sich geht, welche Greuel dort aufgedeckt werden. Deshalb wird die Öffentlichkeit auch so gut wie gar nicht über diesen Prozeß informiert. Deutsche Nachrichtenagenturen melden fast nichts darüber, in der bürgerlichen Presse findet man nur selten einen Artikel.

Die einzigen, die regelmäßig berichten, sind die modernen Revisionisten der D„K"P, und das hat seinen Grund. Für die D„K"P ist dieser Prozeß der willkommene Beweis dafür, daß der Rechtsstaat gegen die alten und neuen Nazis geschützt werden müsse. Wer die „UZ" liest oder die „Deutsche Volkszeitung", der muß den Eindruck gewinnen, als sei hier eine „braune Allianz" am Werk, als müsse das Volk sich hauptsächlich und in erster Linie vor diesen alten und neuen Nazis schützen.

Wer so argumentiert, der trägt Wasser auf die Mühlen der Bourgeoisie. Der Majdanek-Prozeß beweist im Gegenteil, daß es diesen „Rechtsstaat", den die modernen Revisionisten beschwören, nicht gibt. Der Majdanek-Prozeß ist kein Ausrutscher der Justiz, sondern die logische Konsequenz aus der Tatsache, daß heute dieselbe Klasse die Macht im Staat hat, die diese Verbrechen vor dreißig Jahren beging. Denn die Verbrechen der Hitler-Faschisten waren nicht das Werk einiger besonders reaktionärer Politiker, sondern die blutigste Diktatur der deutschen Bourgeoisie über das Volk. Und der Staat der Bundesrepublik, der sich auch noch damit brüstet, „Rechtsnachfolger" des Hitler-Staates zu sein, ist im Kern nichts anderes als die Diktatur dieser selben Klasse. Dieser Staat treibt heute die Faschisierung auf allen Gebieten voran — wie käme er dazu, freiwillig Mörder ins Gefängnis zu werfen, die im Auftrag der Bourgeoisie mordeten? Dieser Staat ist es, der Naziveranstaltungen schützt und Antifaschisten zusammenknüppeln läßt. Er ist es, der eine neue faschistische Diktatur vorbereitet — durch Gesetze, durch die dazu notwendige Aufrüstung von Polizei, Armee, Grenzschutz, durch die ständig verschärfte Überwachung des Volkes, durch den Ausbau des Justizapparates. Wenn in Köln Antifaschisten, die eine Nazikundgebung sprengten, zu monatelanger Haft ohne Bewährung verurteilt werden, und fast gleichzeitig im benachbarten Düsseldorf hunderttausendfache Mörder frei herumlaufen und sich vom Gericht hofieren lassen — dann beweist das doch mit aller Deutlichkeit, daß diese Gerichte nichts anderes sind als Klassengerichte, die den Auftrag haben, das Volk zu unterdrücken und die Verbrechen der Bourgeoisie zu decken.

Um eine neue faschistische Diktatur zu verhindern, muß das Volk nicht in erster Linie gegen einzelne Nazis oder die NPD kämpfen, es muß die Bourgeoisie stürzen und den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen. Das ist es, was der Majdanek-Prozeß in Düsseldorf noch einmal eindringlich beweist.



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

AUGSBURG

Am 11. 7. 1977 wurde in Augsburg im Verfahren gegen E. Winter und drei weitere Angeklagte nach acht Verhandlungstagen das Urteil verkündet. Die bürgerliche Klassenjustiz hatte die vier beschuldigt, an Pfingsten 75 mehrere Parolen gegen Arbeitslosigkeit und Krieg in Neuburg gemalt zu haben. Dafür wurden die vier in erster Instanz zu zwei Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Als einziges „Beweismittel" trat damals eine Denunziantin auf, die in den ersten Verhandlungstagen überhaupt keine Aussagen machte, sich dann jedoch plötzlich wieder genau erinnern konnte, daß die Angeklagten die „Täter" gewesen sein müßten.

In der jetzigen Berufungsverhandlung konnte sie sich mit Bestimmtheit nur noch an drei erinnern, auf Fragen der Verteidiger gab sie überhaupt keine Antworten. Am letzten Tag kam dann noch heraus, daß die damals arbeitslose Denunziantin vor Prozeßbeginn öfters Besuch von einem Polizisten erhielt, der sich bei Grundig nach einer Arbeitsstelle erkundigt hatte, aber offensichtlich nicht für sich selbst, denn wenig später ging die Denunziantin selbst hin, um sich vorzustellen. Während des gesamten Prozeßverlaufes wurde die Öffentlichkeit durch Flugblätter informiert, so daß auch immer eine ganze Reihe von Besuchern zu den Verhandlungstagen erschienen war.

Aufgrund dieser Tatsachen und um sein Gesicht nicht ganz zu verlieren, sah das Gericht sich schließlich genötigt, die Angeklagten freizusprechen.

Rotfront!

Spenden

Spenden für den „Roten Morgen"

1.7.	Gen. aus Dortmund	15,00
6.7.	Gen. aus Frankfurt	19,00
14.7.	Rotes Kontra, Freiburg	95,00
18.7.	D. H., Wuppertal	3,40
19.7.	Gen. aus Bochum	50,00
21.7.	Erlös Wurfbude Pressefest Westberlin	80,00

Insgesamt wurden im Juli 262,40 DM für den „Roten Morgen" gespendet.

Spenden für die Partei

5.7.	Albanienreisegruppe	23,00
15.7.	Veranstaltung und Schulung in Nürnberg	250,00

Insgesamt wurden im Juli 273,00 DM für die Partei gespendet.

Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spenden.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Krank durch kapitalistische Ausbeutung

Liebe Genossen!

Ich arbeite in einem Bremer Krankenhaus. Ein Patient mit einem schweren Herzinfarkt wird aufgenommen. Er ist 50 Jahre alt. Hier seine Lebensgeschichte, die klar zeigt, daß die Menschen im Kapitalismus ausgesaugt werden bis sie zusammenbrechen:

1943 kam der Patient aus der Tschechoslowakei nach Westdeutschland mit seiner Frau. Inzwischen hat er drei Kinder. Zwölf Jahre hat er dann unter Tage als Bergmann gearbeitet, bis er wegen Zeichen der Staublunge aufhörte. Für seine Lungenschädigung erhält er keinen Pfennig (hat aber damals — 1955 — auch keine entsprechende Rente beantragt).

Danach hat er als Schweißer gearbeitet. Zwischendurch war er krank. Er hatte drei Zwölffingerdarmgeschwüre von Kirschkerngröße. Jeder, der sich in dieser Hinsicht etwas auskennt, weiß, daß derartige Geschwüre starke Schmerzen verursachen und im Krankenhaus ausgeheilt werden müssen (Durchbruch- oder Blutungsgefahr!). Der Patient war damals auch im Krankenhaus. Sein Stationsarzt hat ihn aber vor zwölf Mitpatienten und Schwestern als Simulanten bezeichnet. Daraufhin hat der Patient verlangt, daß der Arzt ihm das schriftlich geben solle — er würde danach sofort das Krankenhaus verlassen. So ist es auch geschehen. Der Patient ist dann in ein anderes Krankenhaus gegangen, wo man dann die Geschwüre festgestellt hat. Nun hat der Patient gegen den Arzt, der ihn als Simulanten bezeichnet hat, prozessiert und den Prozeß auch „gewonnen". Der Arzt mußte 5 1/2 tausend DM bezahlen, was sicherlich seine Berufshaftpflicht für ihn getan hat — ansonsten kann er wie gewohnt weitermachen...

Nun zurück zu seiner Schweißer-Tätigkeit. Diese mußte er in so ungünstiger Körperhaltung ausführen, daß er einen Bandscheibenschaden bekam. 1973 mußte er daran operiert werden. Seitdem hat er Schmerzen und Lähmungserscheinungen im rechten Bein, die mit einer Bewegungseinschränkung verbunden sind. Das heißt, daß er jetzt eine Nervenschädigung hat. Für diese Beeinträchtigung erhält der Patient eine Teilinvalidenrente von DM 128,00! Eine Berufsunfähigkeitsrente wurde abgelehnt! Als Schweißer konnte er andererseits aber auch nicht mehr arbeiten. Er ging zum Arbeitsamt: „Keine Arbeitsvermittlung aufgrund seiner Beinbehinderung möglich!" Er schrieb 23 Stellenangebote (Zeitung) an: „Keine Einstellung wegen der Beinschädigung!"

1975 wandte er sich nun an das Norddeutsche Bewachungsinstitut (NBI) (bewacht auch Krankenhäuser) und wurde damals für DM 4,70 Stundenlohn (!!) eingestellt und zwar als Nachtwächter für ein Großeinkaufsunternehmen. Inzwischen erhält er DM 5,00 pro Stunde und hat jetzt „sogar" einen Funkwagen, mit dem er nachts das Gelände umkreist und sich alle halbe Stunde über Funk melden muß! Dazu kommt, daß er jetzt berechtigte Angst haben muß, entlassen zu werden. Seine drei Kinder sind noch in der Ausbildung; das Geld reichte einfach nicht, so daß er noch anderweitig stundenweise arbeitete (was, weiß ich nicht genau). Der Schlaf kam zu kurz, der Streß wurde mit der Zeit zu groß — der Herzinfarkt ist nun der vorläufige Höhepunkt seines Lebens in unserem „Sozialstaat".

Kein Wunder, daß sein Haß auf die sozialen Ungerechtigkeiten dieses Staates selbst in dem kurzen Gespräch zum Ausdruck kam, daß ich mit ihm am Krankenbett führen konnte.

Rotfront!
Eine Genossin aus Bremen

„Christliche Nächstenliebe"

Genossen!

Heute erzählte mir meine Mutter etwas, das mich sehr empörte, und das ich euch berichten möchte. Ich finde, an dieser Sache kann man wieder einmal sehen, was von all dem Geschwätz der Kirche über ihre sogenannte „Barmherzigkeit" und „christliche Nächstenliebe" zu halten ist. Eine Bekannte meiner Mutter, die seit ein paar Jahren Witwe ist und seit dieser Zeit mit einer kleinen Rente haushalten muß, sucht schon seit längerer Zeit Arbeit. Sie ist bereits über 50 Jahre alt und hat, wie viele Frauen ihres Alters, keinen Beruf erlernt. In der jetzigen Zeit ist ihre Suche natürlich so gut wie aussichtslos.

Aus reiner „Gutmütigkeit" läßt der „Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband" sie nun für sich arbeiten. Ab und zu schickt er sie zu einer Familie, in der die Mutter wegen einer Kur oder wegen eines Krankenhausaufenthaltes zeitweise nicht zu Haus ist. Sie muß dort putzen, kochen und waschen usw. Aus reiner „Barmherzigkeit" zahlt der DPWV ihr dafür 5 ganze Mark pro Stunde, kassiert aber 17 Mark pro Stunde von der Familie!! Und da der liebe Gott sie schon bei der Arbeit schützen wird vor Unfällen, wird sie natürlich nicht von ihm versichert. Auch andere „Sozial"abgaben zahlt er nicht für sie! Man sieht also, daß auch kirchliche Verbände wie der DPWV im Endeffekt nichts anderes sind als kapitalistische Ausbeuter, die nur auf ihren Profit aus sind. Nur, daß man dort noch ein „Gott segne Sie, mein Kind!" mit auf den Weg bekommt. Das kostet ja auch schließlich nichts!

Rotfront!
Eine Genossin aus Bielefeld

Albanischer Roman in deutscher Sprache. Leseprobe

"Kommissar Memo"

Allmählich tagte es. Mit der Dämmerung setzte auch die Morgenbrise ein. Ein Stern nach dem anderen verlosch. Nur der Morgenstern leuchtete noch am Horizont.

„Solange der Morgenstern nicht verschwindet, kommen die Deutschen nicht", sagte Rrapo. „Der Stern erschreckt sie!" lachte er und griff unwillkürlich an den Stern seiner Mütze. Memo und Xhemal lachten und sahen sich gegenseitig an.

Nach kurzer Zeit war hinter der Straßenbiegung das Dröhnen von Motoren zu hören. Es schien, als ob irgend jemand die Felsen am Fuß des Hügels unterhöhlte, um sie umzustürzen und wegzuschieben.

„Sie nagt und nagt, ihre Kriegsmaschine!" sagte Rrapo nachdenklich. „Wo haben die Verfluchten nur all diesen Stahl her!"

Das Dröhnen nahm immer mehr zu, und die Wassergräben zu beiden Seiten der Landstraße hallten davon wider. Da tauchten in der Straßenbiegung zwei Motorräder mit Beiwagen auf, die jeweils von drei Deutschen mit geschulterten Maschinenpistolen besetzt waren. Ihnen folgten zwei weitere. Die dunkelgrauen Motorräder fuhren langsam. Nach ihnen erschien in der Kurve der erste Wagen der Autokolonne.

„Eins!" zählte Rrapo.

Die Motorräder und das Auto fuhren vorbei. Dann das zweite, dritte, vierte...

Über der Straße lagen weiße Staubwolken.

„Fünfzehn!" zählte Rrapo.

Das sechzehnte Auto wurde von zwei weiteren Motorrädern begleitet.

„Sie werden uns entwischen!" meinte Xhemal.

„An der nächsten Biegung, bei der Kompanie von Xhodo Greni ist die Brükke gesprengt. Wir werden der Hitler-Bande schon das Fell über die Ohren ziehen", beruhigte ihn Rrapo.

Der sechzehnte Wagen war aus der Biegung gekommen, als Kommandeur Rrapo die Pistole hob und zweimal schoß. Da knatterten von den Felsen die Gewehre und Maschinengewehre in ihrer ganzen grausamen Kraft los. Der letzte Wagen hielt an. Die Deutschen sprangen von den Motorrädern und bezogen im Graben Stellung. Das fünfzehnte Auto fing Feuer. In dem Wirrwarr sprangen die Soldaten von dem Auto und begannen ziellos in Richtung der Partisanen zu schießen. Kommandeur Rrapo schoß noch dreimal mit der Pistole hinter dem Felsen hervor, und die Partisanen eilten geduckt zu den höhergelegenen Felsen, um in Deckung zu gehen.

„Mit Granaten!", rief Kommandeur Rrapo.

Zwei Granaten trafen das sechzehnte Auto, das in der Mitte der Landstraße stand. Es ging in Flammen auf. Aus dem Graben erhoben sich die Deutschen in ganzer Größe mit vorgehaltenen Maschinenpistolen. Aufrecht, die Hälfte der Brust ungedeckt, gingen sie gegen die Stellung der Partisanen vor.

„Zur Hölle, verrückt sind diese Deutschen!" sagte Rrapo zu Memo. „Aufrecht kämpfen die Teufel! Manchmal bringen sie einen aus der Fassung." Er wandte sich an die Partisanen. „Laßt euch nicht verwirren, sie können uns nichts anhaben. Zur Hölle mit den Hitler-Knechten! Mäh sie nieder!" rief er dem MG-Schützen zu, der nicht mehr schoß. Dieser gab eine Salve ab. Die Deutschen warfen sich nieder. „Nichts hast du erreicht. Niemand ist getroffen. Zeqo, Jammerlappen. Gib's ihnen tüchtig", rief Rrapo wütend.

Die Deutschen erhoben sich erneut. Rrapo und Xhemal zielten gleichzeitig. Zwei Soldaten stürzten ins Gestrüpp. Das Maschinengewehr feuerte eine weitere Garbe ab. Die restlichen Deutschen sprangen in die Gräben zurück. In diesem Augenblick donnerte es im Tal. Die beiden anderen Kompanien griffen die Autokolonne von beiden Seiten der Straße an. Von den brennenden Motoren stieg Rauch auf. Die Deutschen waren einen Augenblick verwirrt. Da verließ eine Gruppe Soldaten die Straße und warf sich hinter den Zwillingsfelsen. Kurz darauf begann ein Granatwerfer zu knattern. Ein Geschoß schlug vor Rrapos Füßen ein. Ein Steinsplitter traf sein Gesicht und riß es blutig.

„Zur Hölle!" sagte Rrapo. „Jetzt sind wir mit diesem teuflischen Granatwerfer übel dran." Rrapo wischte das Blut ab.

„Ist es schlimm?" fragte Memo.

„Nein, ein Kratzer."

Der Granatwerfer donnerte weiter. Ein Geschoß heulte. Rrapo, Memo und Xhemal warfen sich sofort zu Boden. Das Geschoß explodierte. Das Maschinengewehr antwortete nicht.

Rrapo rief:

„Zeqo, Jammerlappen, warum schweigst du? Siehst du nicht, was los ist?"

Er beschimpfte Zeqo schwer. Er wußte nicht, daß Zeqo verwundet worden war und sich ein schwarzer Schleier über seine Augen gesenkt hatte. Zeqo sah weder die Felsen noch die Deutschen; er hörte weder den Granatwerfer noch Rrapos Stimme. Da ertönte ein Ruf.

„Was ist los?" antwortete Rrapo.

„Zeqo ist tot!" rief Hodo Allamani, der Kompanieführer.

„Nein", entfuhr es Kommandeur Rrapo und er stöhnte unterdrückt. „Und ich Dummkopf habe Zeqo beschimpft! Ach, ihr Lieben, was ist geschehen! Schlafe, Bruder Zeqo, schlafe! Niemals hat dein Maschinengewehr geschwiegen, Bruder Zeqo!"

Xhemal setzte die Mütze zurecht und eilte, tief gebeugt, fast mit dem Gesicht das Gestein berührend, auf das Maschinengewehr zu.

„Wohin?" rief Rrapo besorgt.

„Zum Maschinengewehr. Ich kann damit umgehen!" antwortete Xhemal.

„Bleibe hier! Komm zurück! Hodo soll es übernehmen!" befahl Rrapo, doch Xhemal hob langsam Zeqo hoch, der über das Maschinengewehr gestürzt war, lehnte ihn an einen Stein und drückte auf den Abzug. Die Deutschen, die begonnen hatten, heimlich die Felsen zu erklettern, rannten in den Graben zurück. Nochmals pfiff ein Granatwerfergeschoß. Es explodierte in der Nähe des Maschinengewehrs. Xhemal schleppte es an einen anderen Platz, weiter nach vorn. Als die Deutschen sich erneut erhoben, schoß er plötzlich los. Zwei Soldaten fielen, um nie wieder aufzustehen.

„Donnerwetter! Das ist aber ein guter MG-Schütze!" sagte Rrapo anerkennend.

Von den anderen Kompanien her waren durch das Geknatter der Maschinenpistolen und Gewehre rauhe Rufe zu hören. Doch der Granatwerfer schoß weiter.

„Dieser Granatwerfer setzt uns tüchtig zu!" sagte Rrapo und rief mit seinem blutverschmierten Gesicht die Namen von fünf Partisanen.

„Was hast du vor?" fragte Memo.

„Du bleibst hier. Ich werde mich zum Granatwerfer durcharbeiten! Dorthin darf inzwischen niemand schießen. Habt ihr gehört, Hodo?"

„Gut, Rrapo!"

Kommandeur Rrapo schlich vorsichtig zusammen mit den fünf Partisanen davon. In der Hand hielt er eine Granate. Ebenso die anderen.

Die Helme der Deutschen erschienen über dem Grabenrand, und sie gingen erneut gegen die Stellungen der Partisanen vor.

„Xhemal, laß sie herankommen! Schieß später!" rief Memo, der Rrapos Platz eingenommen hatte. Xhemal schwieg.

„Schieß!" rief Hodo Allamani.

„Warte, Hodo, warte!" sagte Memo.

„Ich sage, schieß!" rief Hodo erneut, als wäre er Xhemals Vorgesetzter.

„Sei still!" erregte sich Xhemal. „Du tust so, als hättest du die Patronen aus der Fabrik deiner Mutter."

„Genosse Xhemal!" empörte sich Hodo Allamani.

„Ich höre nicht auf hundert. Ich höre auf den Kommissar!" sagte Xhemal.

„Ich bin Kompanieführer!" sagte Hodo.

„Das bist du, außerdem gibt es aber einen Bataillonskommissar und seinen Stellvertreter wie mich, dem du Befehle geben möchtest!" sagte Xhemal mit der Hand am Abzug, ohne seinen Ärger zu verbergen.

Hodo Allamani verstummte. Zum ersten Mal stieß er auf die Befehle der Kommissare. Die Befehle dieser ruhigen und besonnenen Menschen kamen ihm unerwartet. „Ja, ja", dachte er, „das werde ich Kommandeur Rrapo berichten!"

Die Deutschen waren ganz nahe herangekommen. Da drückte Xhemal auf den Abzug. Bis zur Hälfte des Patronengurts hielt er nicht inne. Zehn Deutsche wurden umgemäht. Zwei Überlebende rannten zum Graben, verharrten kurz, überquerten dann im Laufschritt die Straße und verschwanden auf Nimmerwiedersehen.

„So wird abgerechnet!" sagte Memo aufatmend.

Staunend und voller Freude sagte Hodo Allamani:

„Nein, so etwas!"

Xhemal wischte sich den Schweiß ab. Plötzlich krachten bei den Zwillingsfelsen Granaten und Gewehre. Der Granatwerfer verstummte. Fünf Deutsche verließen den Zwillingsfelsen und rannten zum Straßengraben. Kommandeur Rrapo rief:

„Zur Straße!"

„Zur Straße!" wiederholte Memo.

Die Partisanen sprangen von den Felsen und besetzten den Straßengraben. Vier der letzten Fahrzeuge wendeten, gaben aufheulend Vollgas mitten in Staub und Rauch und fuhren durch die Kurve. Niemand konnte sie aufhalten. Rrapo schrie wütend:

„Sie sind durchgebrannt, ihr Unseligen! Schießt doch endlich!"

Sie ließen sich jedoch nicht aufhalten.

Kurz darauf gelang es noch vier weiteren Fahrzeugen zu entkommen. Auch sie verschwanden hinter der Biegung. Die Partisanen hatten wenig Patronen. Jedoch acht Fahrzeuge und vier Motorräder der Autokolonne blieben teils im Graben und teils auf der Straße zurück. Zwei von ihnen brannten vollkommen aus. Vier hatten durchlöcherte Autoreifen. Zwei waren unbeschädigt.

Die Landstraße war in Rauch und Qualm gehüllt. Es roch beißend nach verbranntem Gummi. Die Gewehre und Maschinengewehre waren verstummt. Vom Zwillingsfelsen kam Rrapo mit den fünf Partisanen. Das Blut auf der Wange war eingetrocknet.

„Nun ja", sagte er, „Schluß!"

Er zog die Pistole aus dem Gürtel und schoß viermal. Das war für das Bataillon das Signal zum Sammeln. Von den Felsen kletterten die Partisanen auf die Straße herunter. Mit geschultertem Gewehr kam auch der kurzgewachsene und schmale Nurka. Er stand ungefähr sieben bis acht Schritte von Rrapo entfernt und sagte:

„Auch diesmal haben wir uns wieder getroffen, Bruder Rrapo!"

„So werden wir uns immer treffen, Nurka!" sagte Rrapo.

„Wir können uns auch mit gebrochenen Augen treffen", meinte Nurka.

Xhemal lachte. In diesem Augenblick war aus dem Graben ein Schuß zu hören. Nurka wankte und fiel auf den Rücken. Kommandeur Rrapo zog die Pistole und rannte zum Graben. Aus dem Graben war erneut das Krachen eines Schusses zu hören. Eine Kugel pfiff an Rrapos Ohr vorbei und prallte vom Felsen ab. Rrapo schoß in den Graben. Es war ein verwundeter Deutscher. Kommandeur Rrapo schoß noch einmal.

„Was kam dir nur in den Sinn, du Hundesohn, daß du auf Nurka geschossen hast. Du Hundesohn, wir hätten dich genommen und ins Krankenhaus gebracht, um dich zu kurieren und dann zu verurteilen. Du hattest die Möglichkeit, gerettet zu werden, du... Pfui!" spuckte Rrapo auf den Deutschen im Graben. Er nahm Nurka wie ein Kind auf die Arme und ging die Straße entlang. Memo, Xhemal und die anderen Partisanen folgten ihm.

„Nurka, oh Nurka! Mach die Augen auf, Nurka!" Kommandeur Rrapo schaukelte ihn in den Armen. Mühsam öffnete Nurka die Augen, erblickte Kommandeur Rrapo und lächelte gequält.

„Sie haben mich getroffen, Bruder Rrapo!" sagte er und schloß erneut die Augen.

Er war an der Schulter verletzt. Aus der Wunde floß Blut und tropfte auf die Straße.

„Wir müssen ihn sofort ins Lazarett bringen", sagte Memo.

„Ja, ja, jetzt gleich!" stimmte Hodo Allamani zu und beeilte sich, zwei, drei starke Partisanen auszusuchen.

„Wird er durchkommen?" fragte Rrapo niedergeschlagen.

„Wenn er schnell zu Doktor Shahin nach Gur-Kusar kommt, ist er gerettet", sagte ein Partisan.

„Ach, der arme Nurka!" seufzte Rrapo. Ihm schien, als würde er ihn auf den Armen in den Schlaf wiegen.

Zusammen mit Hodo eilten drei Partisanen herbei. Der eine trug eine Decke, er hatte sie wahrscheinlich in einem der zurückgebliebenen Autos gefunden.

„Schlagt die Decke auf", sagte Rrapo.

Sie schlugen die Decke auf, einer hielt sie vorn, der andere hinten, und Rrapo bettete Nurka darauf. Dann zog er seinen Mantel aus und legte ihn darüber.

„Geht jetzt ins Lazarett, so schnell euch die Füße tragen, denn Nurka darf nicht sterben!", sagte Rrapo.

Die drei Partisanen sprangen über den Graben und erkletterten mit Nurka in der Decke rasch den Hügel.

„Kommandeur, du wirst dich ohne Mantel erkälten!" sagte Memo.

Rrapo antwortete nicht.

Die Kompanien sammelten sich auf der Straße. Sieben Partisanen fehlten, zusammen mit dem MG-Schützen Zeqo aus der vierten Kompanie. Da fiel Memo Rustem ein und er begann, ihn mit den Augen unter der Menge der Partisanen zu suchen. Da er ihn nicht finden konnte, sagte er zu Xhemal:

„Schau, ob du nicht irgendwo Rustem siehst."

Xhemal reckte sich hoch und musterte alle Partisanen, aber auch er konnte ihn nicht entdecken.

„Hodo", fragte Memo, „hast du Rustem Kovaçi gesehen?"

„Dort ist er!" sagte Hodo und deutete auf mehrere weit entfernt stehende Partisanen.

Memo entdeckte den Bruder schließlich und lächelte ihm von weitem zu.

Kommandeur Rrapo näherte sich den versammelten Partisanen und sagte:

„Ich habe euch nichts vorzuschwätzen. Ihr seht selbst, wie das Gefecht ausgegangen ist. Ihre Wagen sind verbrannt und sie sind geschlagen. Einige wurden getötet, andere retteten sich. Sollten sie wieder hier vorbeikommen, wird es ihnen genauso ergehen. Jetzt wollen wir erst einmal sehen, wer fehlt", schloß er.

Zu Beginn trat Schweigen ein. Es roch ätzend nach Pulver. Allmählich lösten sich die Rauchschwaden auf. Die letzten Gummireifen brannten.

Mitten durch die Partisanen lief Fatja mit einem verbundenen Arm in einem um den Nacken geschlagenen Hosengürtel.

„Bei mir", sagte er, „fehlen Azis und Jani."

„Und du?"

„Eine Kugel hat den Arm durchschlagen", sagte der etwas bleiche Fatja.

„Hast du das Loch mit Tabak gefüllt?" fragte Rrapo.

„Ja!"

„Wer fehlt bei dir?" fragte der Kommandeur Xhodo Greni.

„Maksut und Abaz!"

„Bei dir?"

„Fehmi!" antwortete Mak Mokra, noch bleicher als gewöhnlich.

„Bei dir?"

„MG-Schütze Zeqo und Pellumb!" sagte Hodo Allamani.

Rrapo war tief betrübt. Er nahm die Mütze ab und sagte:

„Wir werden stets ihr Andenken wahren!"

Alle folgten seinem Beispiel.

Kommandeur Rrapo steckte die Hände in die Hosentaschen, stellte sein rechtes Bein vor und sagte:

„Brüder, Leute, Blut wird vergossen. Auch wenn man denkt, die Schlacht ist zu Ende, fließt Blut. Wir hatten das Gefecht beendet und die Deutschen zur Hölle geschickt, als Nurka schwer verwundet wurde. Jetzt wird Nurka mit der Wunde an der Schulter nach Gur-Kusar getragen. Und wie, werdet ihr sagen, wurde unser Nurka verwundet? Ein Hundesohn der Deutschen zielte auf ihn aus dem Graben, und Nurka fiel, der den ganzen Tag gekämpft und den keine Kugel getroffen hatte. Hütet euch daher vor denen, die sich in Gräben und im Gebüsch verstecken! Mir fällt es schwer weiterzusprechen, denn es tut mir um Nurka leid...", und Rrapo verstummte. Das ganze Bataillon regte sich nicht. Die Kämpfer standen mit gesenkten Köpfen und blickten zu Boden, denn sie wollten nicht sehen, wie Kommandeur Rrapo sich die Augen wischte.

„Die Zeit der Kommissare" — so nennt der albanische Schriftsteller Dritero Agolli die Periode des Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes in seiner Dichtung. In dem 1970 erschienenen Roman „Kommissar Memo", der jetzt vom Verlag „8. November" in deutscher Sprache vorgelegt wird, hat Dritero Agolli in der Gestalt des Memo Kovaçi diesen Helden des Befreiungskampfes ein Denkmal gesetzt.

„Kommissar Memo" ist in der Form einer Kette von Erinnerungen geschrieben. Dreißig Jahre nach den großen Kämpfen gegen die deutschen Faschisten, in deren Verlauf Memo gefallen ist, bringen seine ehemaligen Kampfgefährten eine Bronzebüste des Kommissars in das Dorf seiner Eltern. Auf ihrem Weg rufen sie sich die Ereignisse des Befreiungskampfes ins Gedächnis, die mit der Person und den Taten des gefallenen Genossen verbunden sind.

So entsteht das lebendige Bild des Kommissars Memo vom Partisanen-Bataillon „Blitz", das Bild des Volkskriegs, der Tapferkeit des albanischen Volkes im Kampf gegen die faschistischen Eindringlinge. Es waren die Kommissare, die Kommunisten, die diesen Kampf geleitet haben, die der spontanen Bewegung der Massen den Charakter eines bewußten Befreiungskrieges mit festem politischen Programm gaben.

Mit großer Meisterschaft veranschaulicht Dritero Agolli diese tiefgehende Umwandlung am Beispiel der Entwicklung des Kommandeurs Rrapo. In ihm vereinigen sich der unerschrockene aufständische Geist, der tiefe Haß gegen die fremde Knechtschaft, die Liebe zum Volk, durch die die Kämpfer für Albaniens Freiheit gekennzeichnet sind. Unter der Führung des Kommissars lernen Rrapo und mit ihm das Bataillon, mit alten rückschrittlichen Ideen zu brechen, lernen sie immer besser, das Wesen des Befreiungskampfes gegen die deutschen Faschisten und ihre albanischen Handlanger als eine tiefgreifende demokratische Revolution zu verstehen.

So gestaltet Dritero Agolli in seinem Roman einen entscheidenden Abschnitt in der Geschichte des albanischen Volkes. Genosse Enver Hoxha sagte über die Werke Agollis, „daß sie die reinen Gefühle des Volkes ausdrücken, daß sie mit der Realität, mit den Menschen der Arbeit, mit der Erde, mit den Erzeugnissen und Blumen des Landes, mit den hohen Schornsteinen der Kombinate und mit den Sorgen und Freuden der Menschen in ihren Heimen verbunden sind."

Die albanische sozialistische Literatur kommt aus dem Volk und sie gehört dem Volk. Die Schriftsteller wie Dritero Agolli sind Söhne des Volkes und sie sind Helfer der Partei bei der Formung des neuen Menschen. Daraus erklärt sich die Beliebtheit, die ihre Werke bei den albanischen Werktätigen genießen. Aber auch im Ausland findet die albanische Literatur immer neue Leser und Freunde. Genosse Enver Hoxha sagte dazu: „Wenn die Ausländer gut übersetzte Gedichte oder Prosawerke unserer Dichter und Schriftsteller erhalten, werden sie viele Seiten des materiellen und geistigen Lebens unseres Volkes, das das neue Leben, die wahre sozialistische Gesellschaft aufbaut, kennenlernen und entdecken."

Ebenfalls in deutscher Sprache ist jetzt auch das Gedicht „Mutter Albanien" von Dritero Agolli erschienen. Auf dieser Seite bringen wir Auszüge aus dem Roman „Kommissar Memo".



Vom 20. bis zum 23. Juni hat in Korça der 8. Kongreß des Gewerkschaftsverbandes Albaniens stattgefunden. Der Kongreß legte die Aufgaben des Gewerkschaftsverbandes zur Verwirklichung der Beschlüsse des 7. Parteitages der PAA fest, verallgemeinerte die Erfahrungen der Arbeit für die kommunistische Erziehung der Werktätigen und mobilisierte sie zur Erfüllung der Aufgaben des 6. Fünfjahrplanes. An dem Kongreß nahmen auch 20 Gewerkschaftsdelegationen aus allen Ländern der Welt teil, darunter auch eine Delegation revolutionärer Gewerkschaftler aus Deutschland.

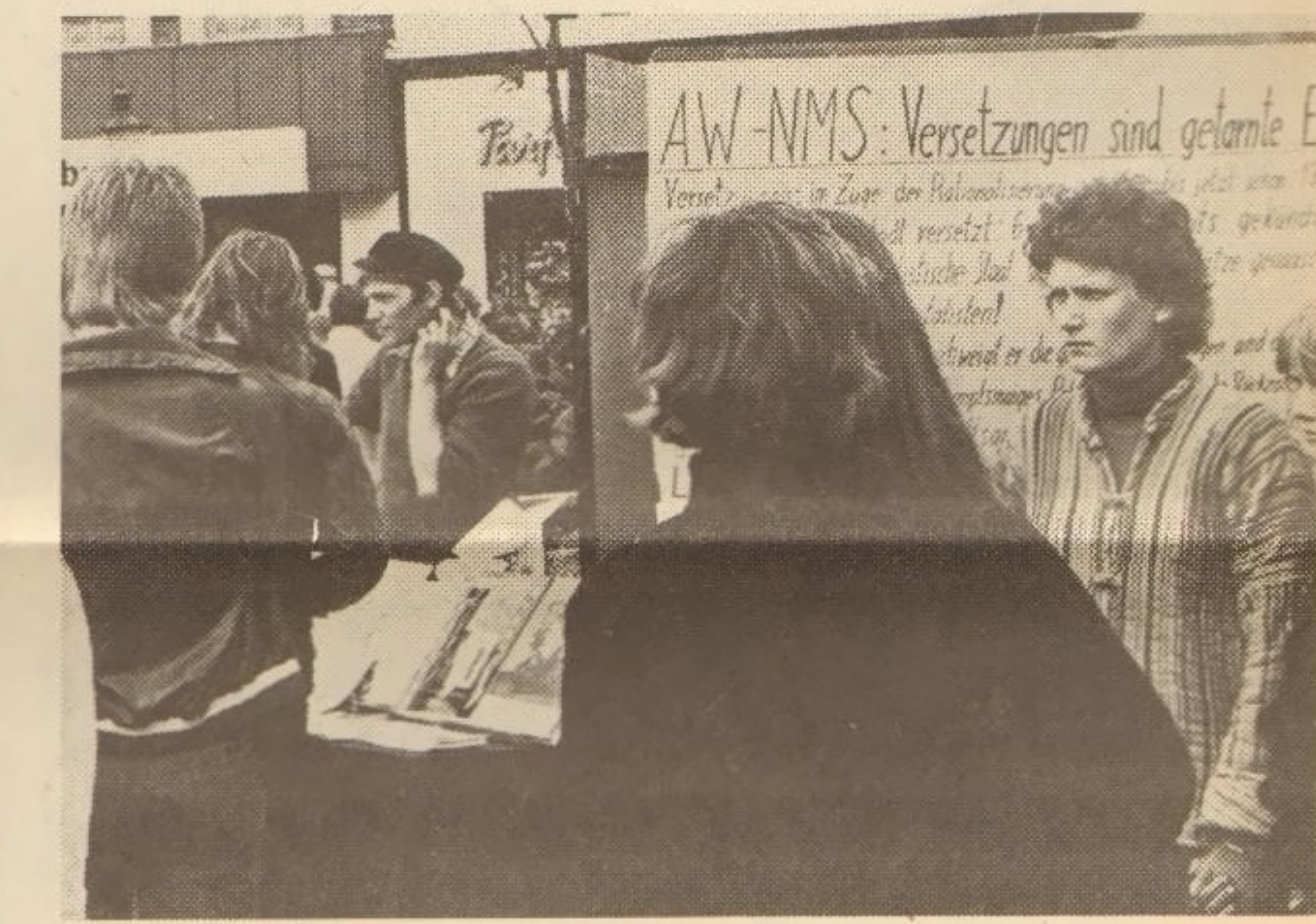
Juli im Bild



Am 12. Juli demonstrierten in Bremen rund 2.000 Kollegen der Klöckner-Hütte gegen die angekündigte Entlassung von 500 Kollegen. Gegen den Widerstand des Gewerkschaftsapparates und der D„K"P-Revisionisten trugen revolutionäre Kollegen und Genossen unserer Partei ein Transparent gegen die Mitbestimmung.



Agitation und Propaganda von Genossen während des UZ-Pressefestes der Revisionisten in Recklinghausen. Hand in Hand mit der Polizei versuchten die D„K"P-Revisionisten gegen die kommunistische Agitation und Propaganda vorzugehen.



Stand der Partei in Neumünster gegen die geplante Auflösung des Bundesbahnausbesserungswerks.



Seit dem 10. Mai ist Genosse Martin Peleikis im Gefängnis von Neumünster gefangen. Unser Bild zeigt eine Kundgebung der Partei im Juli.



Während der Anhörungsfarce für das Atomkraftwerk Biblis wird die Öffentlichkeit ausgesperrt. Besucher werden wie Schwerverbrecher kontrolliert.

Aus aller Welt

SPANIEN

Auf Einladung des Juan-Carlos-Regimes statteten die chilenischen Faschisten Spanien einen Flottenbesuch ab. Das Kriegsschiff „Esmeralda" lief im Hafen von Barcelona ein, dasselbe Schiff, das früher den Pinochet-Faschisten als Gefängnis diente, in dem sie Revolutionäre und Patrioten bestialisch folterten. Die Ankunft dieses Folterschiffes rief den Zorn der spanischen Volksmassen hervor. Mehrere Protestdemonstrationen wurden durchgeführt. Die Arbeiter einer Werft weigerten sich, Reparaturen an dem Kriegsschiff durchzuführen. Damit brachten sie ihren tiefen Haß auf die faschistische Junta Chiles und die Solidarität mit dem chilenischen Volk zum Ausdruck.

Zionistenchef Begin in Washington

Seinen Antrittsbesuch in Washington machte der neue Chef der israelischen Zionisten, Begin. In seinem Gepäck: ein neuer „Friedensplan", der bei den amerikanischen Imperialisten auf Zustimmung stieß, und von Carter als „zukunftweisend" gelobt wurde. Denn obwohl die Vorschläge Begins sich in einigen Einzelheiten von denen unterscheiden, die Carter kürzlich präsentierte, so sind sich Washington und Tel Aviv doch im wesentlichen einig.

Ihre „Friedenspläne" zielen stets darauf ab, die Position der israelischen Zionisten zu stärken und die Sache des palästinensischen Volkes, vor allem seine revolutionäre Befreiungsbewegung, zu liquidieren. So trat Begin jetzt in der Pose des Großzügigen auf. Er bot den Arabern einen teilweisen Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten Sinai und Golan an. Aber ist es etwa ein Geschenk der Zionisten, wenn sie einen Teil des von ihnen geraubten Landes wieder herausrücken wollen? Kann man von den arabischen Völkern verlangen, daß sie aus lauter Dankbarkeit dafür, wie Begin es verlangt, jetzt Frieden mit dem Zionismus machen?

Denn Begin hat sein „Geschenk" an die Bedingung gebunden, daß die Araber ein für allemal die Besetzung Palästinas und die Vertreibung des palästinensischen Volkes durch die Zionisten als unumstößliche Tatsache anerkennen, daß sie den Kampf zur Befreiung Palästinas einstellen. Die im Westjordanland lebenden Palästinenser sollen dann nach den Plänen Begins „sich selbst verwalten, wobei die Verteidigung dieses Gebietes weiterhin in Israels Hand" bleiben müßte. Eine „Selbstverwaltung" unter den israelischen Bajonetten? Ein solches Westjordanland wäre nichts weiter als ein Gefängnis, ein Reservat, in dem die Zionisten einen Teil des palästinensischen Volkes als billige Arbeitskräfte für ihre Fabriken und Güter eingesperrt hielten.

„Dies ist ein Kriegsplan, kein Friedensplan!" Das erklärte ein Sprecher der PLO zu den Vorstellungen, die Begin in Washington entwickelt hat. Das palästinensische Volk führt seit mehr als zehn Jahren den bewaffneten Kampf für die Befreiung seiner Heimat. Es wird niemals auf halbem Wege stehen bleiben und sich mit dem Joch der zionistischen Besatzung abfinden.

Die Erfahrungen der langen Jahre des Kampfes haben stets gezeigt, daß es richtig ist, am bewaffneten Volkskrieg festzuhalten, daß alle Pläne einer sogenannten „friedlichen Lösung" des Palästina-Problems nur Fallen sind, um die Palästinenser auf den Weg der Verhandlungen, der prinzipienlosen Kompromisse zu locken. Diese Pläne wurden und werden in den Kanzleien von Washington und Moskau ausgeheckt. Sie haben, entsprechend den jeweiligen imperialistischen Interessen der beiden Supermächte ein verschiedenes Aussehen. Ihr Ziel jedoch, das palästinensische Volk zu entwaffnen, ist dasselbe. Gerade jetzt haben die Supermächte wie auch die israelischen Zionisten wieder ihre Absicht erklärt, noch in diesem Herbst eine „Friedenskonferenz" in Genf einzuberufen, um die palästinensische und arabische Sache zu verschachern.

Diese Tatsachen zeigen, daß sich die arabischen Völker in ihrem Befreiungskampf nicht auf die eine Supermacht stützen können, um die andere zu bekämpfen. Beide Supermächte stützen, die eine mit Waffen, die andere mit Menschen, den Todfeind der arabischen Völker, den Zionismus. Beide müssen daher gleichermaßen kompromißlos bekämpft werden.

Simbabwe: Wahlfarce der Rassisten

Durch ein Wahlmanöver versucht jetzt das rhodesische Rassisten-Regime sein Leben zu verlängern. Wie der Rassisten-Chef Smith ankündigte, soll durch Neuwahlen eine „Regierung auf breiter Basis" gebildet werden. Breite Basis? Der Charakter dieser Wahlen als jämmerliche Farce wird schon dadurch deutlich, daß überhaupt nur drei Prozent der Bevölkerung zur Wahl zugelassen sind, nämlich die Minderheit der weißen Siedler.

Und was zur Wahl steht, das sind einzig und allein das Programm der faschistischen „Rhodesischen Front", das Programm des Rassismus, der gnadenlosen Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes von Simbabwe. Smith hat, um seiner Farce den Anschein der Fortschrittlichkeit zu geben, angekündigt, er werde sogenannte „gemäßigte Schwarze" in seine neue Regierung aufnehmen. Aber was können Menschen, die sich für eine solche Politik der Versklavung ihres eigenen Volkes einkaufen lassen, anderes sein als Verräter der schlimmsten Sorte?

Und daß sich an der Politik des Rassismus nichts ändern wird, hat Smith unmißverständlich klar gemacht, als er „unbarmherzige Maßnahmen" gegen die simbabwischen Patrioten ankündigte. Während die Vorbereitungen für die Wahlfarce anliefen, schleppten die Henker des Regimes den eingekerkerten Patrioten Robert Bhebe zum Galgen und erhängten ihn. Dadurch haben die rhodesischen Rassisten selbst in aller Deutlichkeit bewiesen, daß es zwischen ihnen und dem Volk von Simbabwe nicht die geringste Gemeinsamkeit, nicht die geringste Möglichkeit einer Verständigung gibt, wie es die amerikanischen Imperialisten immer propagiert haben. Der Weg der „friedlichen Lösung", den sie dem simbabwischen Volk aufschwatzen wollen, ist ein Weg in die Niederlage.

Die Patrioten von Simbabwe haben das neueste Manöver des Smith-Regimes zurückgewiesen und diejenigen Schwarzen, die sich daran beteiligen, als Kollaborateure verurteilt. Um die Leiden des Volkes zu beenden gibt es nur einen Weg: im bewaffneten Volkskrieg die Herrschaft der Rassisten über Simbabwe vollständig zu zerschlagen.



Bandeira Vermelha

Spanien Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die ,,Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus'' (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Portugal

Genosse Luis Augusto Coracol ermordet

In Portugal ist der Genosse Luis Augusto Coracol, 17 Jahre alt, Metallarbeiter, Mitglied der KP Portugals (Wiederaufgebaut), ihres Jugendverbandes und der UDP, brutal von der Polizei ermordet worden.



Genosse Luis Augusto Caracol

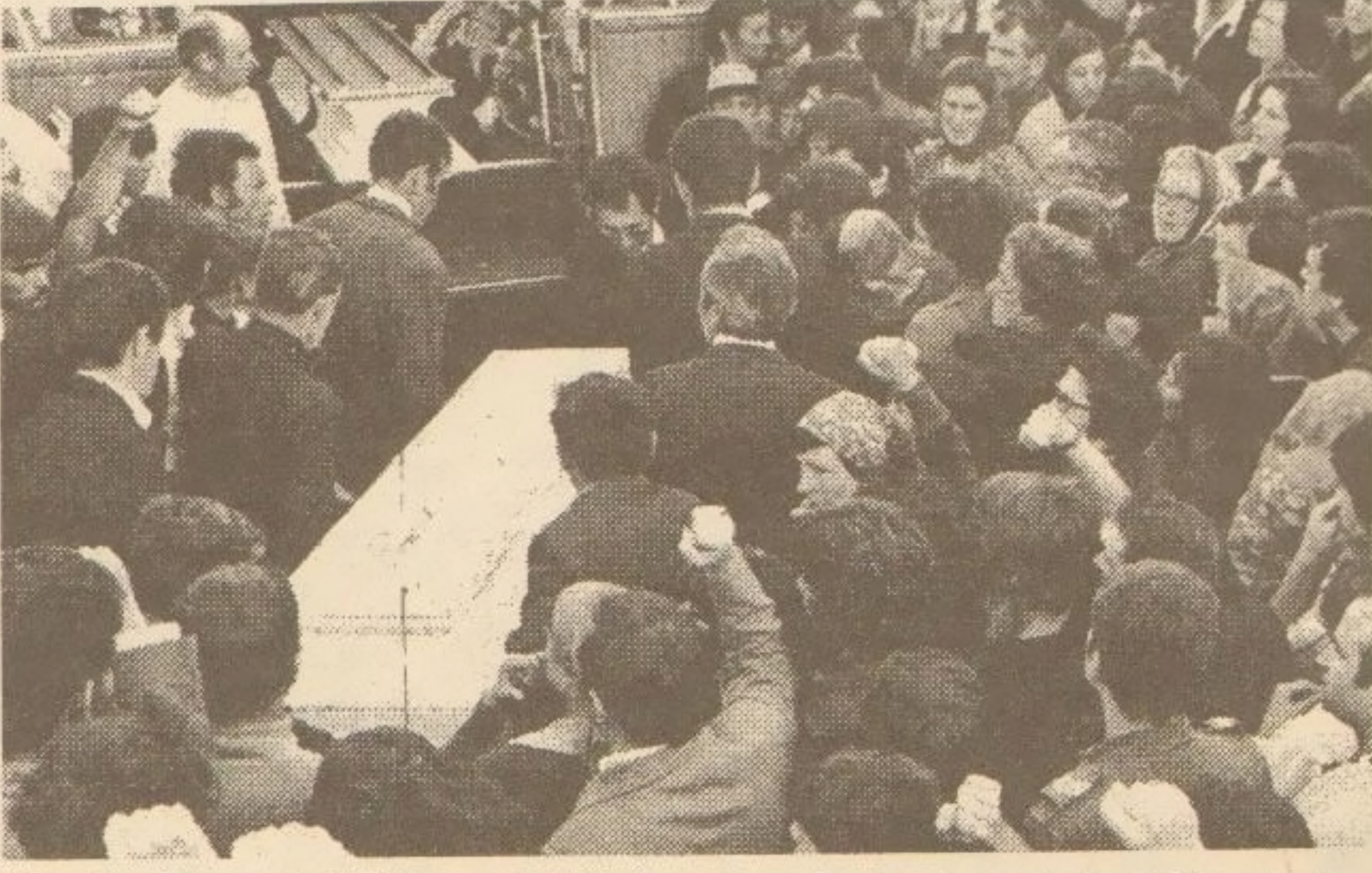
In Portugal findet zur Zeit der Prozeß gegen Rui Gomes statt, der von der bürgerlichen Klassenjustiz angeklagt wird, im Sommer 1975 Waffen aus Beständen der Armee an die Bevölkerung verteilt zu haben. Rui Gomes war damals verhaftet und 21 Monate gefangengehalten worden, ohne daß überhaupt das Anklageverfahren eröffnet worden wäre. Erst durch den Kampf der Partei, ihres Jugendverbandes, der UDP und anderer revolutionärer Kräfte für seine Freilassung sowie durch einen Hungerstreik Rui Gomes' sahen sich die Behörden gezwungen, jetzt wenigstens das Anklageverfahren zu eröffnen.

Für den 13. Juli hatten die Partei und die UDP aufgerufen, sich vor dem Gerichtsgebäude zu versammeln, um die juristische Farce der Anklageerhebung zu verurteilen und die sofortige Freilassung Rui Gomes zu fordern. Als sich einige Dutzend Menschen, unter ihnen der Genosse Luis Augusto Coracol, vor dem Gerichtssaal eingefunden hatten, wurden sie brutal von einer schwerbewaffneten Spezialeinheit der Polizei überfallen. Die Polizisten prügelten rücksichtslos auf die Demonstranten ein. Dabei wurde Genosse Luis Augusto Coracol schwer verletzt. Am 13. Juli. Am 18. Juli erlag er seinen schweren Verletzungen in einem Lissaboner Krankenhaus.

Seine Beerdigung wurde zu einer großen Manifestation gegen die portugiesische Bourgeoisie und die Regierung Soares, die die Interessen der Ausbeuterklassen verteidigt und mit allen Mitteln danach strebt, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen, die Revolutionäre und vor allem die Marxisten-Leninisten der KP Portugals (W) zu unterdrücken und ihnen die Errungenschaften, die sie sich am 25. April 1974 durch den Sturz des faschistischen Regimes erkämpft haben, wieder zu nehmen.

Zahllose Antifaschisten hatten sich vor dem Krankenhaus eingefunden, um dem Genossen das letzte Geleit in seinen Heimatort Mafra zu geben. Dort schlossen sich über 500 Werktätige dem Trauerzug an.

In seiner Trauerrede sagte Genosse Eduardo Pires, Sekretär des Zentralkomitees der KP Portugals (W), unter anderem: **„Luis Augusto hat seit seinem 14. Lebensjahr gearbeitet und hat schon in seiner frühesten Jugend für die Idee gekämpft, dem Elend und der Ausbeutung ein Ende zu setzen. Dafür ist er gestorben, deswegen werden ihn die Werktätigen von Mafra niemals vergessen, deswegen wird das ganze portugiesische Volk immer seiner gedenken."**



Unter den Fahnen der KP Portugals (W), ihres Jugendverbandes und der UDP und unter dem Gesang der Internationale wird der Sarg mit dem Leichnam Luis Augusto Coracols ins Grab gesenkt.

Sechsparteienpakt in Italien

Ein Programm zur Rettung der Ausbeuterordnung

In Italien ist das gemeinsame Regierungprogramm der modernen Revisionisten der „K"PI mit den Christdemokraten, den Sozialisten, Republikanern, Sozialdemokraten und Liberalen vom Parlament gebilligt worden. Glaubt man den Beteuerungen der Revisionistenclique Berlinguers, ist dieses Programm in der Lage, alle schweren Probleme zu lösen, die auf den Schultern der italienischen Werktätigen lasten, wie die Arbeitslosigkeit, die Inflation, die Steigerung der Lebenshaltungskosten usw. In Wirklichkeit ist es aber ein Programm zur Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Und die modernen Revisionisten Italiens erweisen sich einmal mehr als Soldaten des Kapitalismus gegen den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen.

Der reaktionäre Charakter des ganzen Programms wird sofort deutlich, wenn man sich seine einzelnen Punkte näher ansieht.

Um den Staatshaushalt zu sanieren, sieht das Programm Steuererhöhungen vor, die vor allem von den Werktätigen bezahlt werden müssen.

Um die „Produktivität der Wirtschaft" zu erhöhen, verpflichten sich die Parteien, die Probleme der Arbeitszeit, der Abwesenheit der Arbeiter in den Betrieben (z. B. im Krankheitsfall) usw. zu „lösen". Mit anderen Worten: Die Arbeiter sollen gezwungen werden, noch mehr als bisher für die Profite der Kapitalisten zu schuften und ihr Arbeitstempo zu steigern.

Im Programm ist die Rede von „stabilitätsgerechten Tarifabschlüssen" in den Lohnrunden des kommenden Jahres, was nichts anderes bedeutet als, der Arbeiterklasse einen faktischen Lohnstopp aufzuzwingen.

Offen wird in dem Programm die Verstärkung und der Ausbau der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Staates gefordert, um der „Anarchie" ein Ende zu machen. Dazu gehört auch die Einführung einer Vorbeugehaft für "Terroristen", womit die Bourgeoisie, wie wir wissen, in erster Linie die Marxisten-Leninisten und wirklichen Revolutionäre meint.

Zur Charakterisierung dieses Programms schreibt deshalb „Nuova Unita", das Zentralorgan der KP Italiens/ML, in einem Kommentar: „Das ganze Wirtschaftsprogramm ist in der Tat ein weiterer und noch schwererer Angriff auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Massen mit dem Zweck, die Profite zu retten und die Massen noch mehr als bisher für die kapitalistische Krise zahlen zu lassen.

Auf der politischen Ebene bedeutet das Programm die Verstärkung des Prozesses der Faschisierung, einen wirklich offenen Angriff zur Erdrosselung der Freiheit, entspricht es voll und ganz den Wünschen der herrschenden Klasse für den Ausweg aus der Krise."

Das allseitige Bündnis der bürgerlichen Parteien ist praktisch die Verwirklichung des „historischen Kompromisses", den die modernen Revisionisten seit langem anstreben. Der „historische Kompromiß" der modernen Revisionisten zielt darauf ab, unter den italienischen Werktätigen die Illusion zu schüren, als ob die gegenwärtige Krise und die Erschütterungen, die das Land durchmacht, etwas Vorübergehendes seien und durch die Regierungsbeteiligung der „K"PI gelöst werden könnten, also nicht untrennbar mit dem kapitalistischen Ausbeutersystem verbunden seien.

Damit wollen die modernen Revisionisten den Kampf der werktätigen Massen abwürgen und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution, die allein einen Ausweg aus allen Problemen zeigt, vor ihnen verdunkeln. Gleichzeitig begnügen sie sich aber nicht mit Demagogie, sondern sind zu aktiven Verteidigern der Ausbeutergesellschaft geworden, die jeden Kampf der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Frauen und Studenten, die es ablehnen, für die Krise des Kapitalismus zu zahlen und die für ihre Rechte kämpfen, brutal anzugreifen.

Unter Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei und getreu ihren revolutionären Traditionen wird jedoch die italienische Arbeiterklasse diesen Verrat der Revisionistenclique zurückweisen. Der Weg der italienischen Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen ist nicht der Weg der Schande und des Verrats, des Kompromisses und der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Sie unterwirft sich ihr nicht, sondern verstärkt ihren Kampf gegen die Bourgeoisie im Namen der Revolution und des Sozialismus.

„Gegen diesen reaktionären Pakt, gegen das volksfeindliche wirtschaftliche und politische Programm, gegen die Regierung des historischen Kompromisses", schreibt „Nuova Unita", „muß sich der breiteste Widerstand und Kampf mit der Arbeiterklasse an der Spitze entwikkeln."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Es lebe der II. Parteitag der KP Spaniens/ML

Wie die Zeitung „Vanguardia Obrera", Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten meldet, tagte vom 23. bis 26. Juni der II. Parteitag der KP Spaniens/ML. Die Zeitung unterstreicht den Enthusiasmus der Partei und die Bedeutung dieses Ereignisses, das den Höhepunkt einer Phase intensiven Kampfes gegen rechte und bürokratische Tendenzen kennzeichnet und die Konsolidierung der proletarischen Linie der Partei gewährleistet hat. Der Parteitag billigte die vom Zentralkomitee verfolgte revolutionäre Linie, eine Linie des Kampfes gegen den Opportunismus und gegen die Klassenzusammenarbeit auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

In einem Kommunique über den II. Parteitag hebt das Zentralkomitee der KP Spaniens/ML hervor, daß von etwa 300 Delegierten, die an dem Parteitag teilnahmen, 64% Proletarier und 28% Frauen waren. Das Durchschnittsalter der Delegierten war etwa 28 Jahre.

In dem Kommuniqué wird betont, daß an dem Parteitag Delegierte der Parteiorganisationen Andalusiens, Aragons, Asturiens, Altkastiliens und Neukastiliens, Kataloniens, Galiziens, Valencias usw. teilnahmen. Ferner nahmen Delegierte von Parteiorganisationen der spanischen Emigranten in verschiedenen Ländern Europas sowie Vertreter wichtiger Fabrikzellen, wie die des Bauwesens in Madrid, des Verkehrswesens und des Bergbaus in Barcelona und anderen Städten des Landes teil.

Außerdem nahm eine Gruppe alter Militärführer der Republikanischen Armee teil, darunter auch Gründer des ruhmreichen 5. Regiments, Verantwortliche der wegen ihrer aktiven Teilnahme am Krieg gegen den Nazifaschismus ausgezeichneten Guerrillas und heroischen Partisanen, die bis in die fünfziger Jahre hinein den bewaffneten Kampf gegen das Franco-Regime innerhalb von Spanien fortgesetzt haben.

In dem Kommunique wird hervorgehoben, daß auf dem Parteitag einige Dutzend Delegierte über ideologische und politische Probleme, über die internationale Lage und andere Probleme, die im Bericht angeschnitten wurden, diskutierten. Sie zeigten kämpferischen Geist, Treue zu den Prinzipien und unerschütterlichen Willen, stets eine revolutionäre marxistisch-leninistische Linie anzuwenden.

Sie billigten begeistert den Bericht des Zentralkomitees und die von den Kommissionen des Parteitags ausgearbeiteten Resolutionen über die Arbeit unter den Frauen, der Jugend, auf dem Land, in den Nationalitäten, über die Gewerkschaftsarbeit, die Propagandaarbeit usw.

Der Parteitag billigte begeistert den Standpunkt, der in dem Bericht des Zentralkomitees gegen die Theorie der „drei Welten" und gegen den Opportunismus auf internationaler Ebene eingenommen wird.

Der Parteitag beschloß, die Genossen Martos, Alonso-Baena, Bravo und Sanz, die von der verbrecherischen Franco-Diktatur hingerichtet wurden, zu Helden der Partei zu erklären.

Der Parteitag erhielt zahlreiche Grußadressen von Arbeitern verschiedener Fabriken, Bergwerke und bäuerlicher Gebiete, von Mitgliedern der Partei, die in verschiedenen Gefängnissen sitzen, sowie von einer großen Zahl marxistisch-leninistischer Parteien. Er ließ sehr begeistert und tief bewegt und mit großer Freude die Grußbotschaft von Genossen Enver Hoxha im Namen des Zentralkomitees der ruhmreichen und tapferen PAA hochleben.

In dem Kommunique wird festgestellt, daß der Bericht des Zentralkomitees über die Tätigkeit der Partei seit dem I. Parteitag über die wirtschaftliche und die soziale Lage, über die Politik der Partei, über die Entwicklung der Partei und ihre Hauptaufgaben, über ideologische Probleme, Probleme der gegenwärtigen politischen Lage und des Kampfes gegen den Revisionismus sowie über die internationale marxistisch-leninistische Bewegung dem Parteitag von den Genossen Raoul Marco, Elena Odena, Antonio Moreda erstattet wurde. Der Bericht wurde von allen Delegierten mit Hochrufen gebilligt.

Abschließend wählte der Parteitag das Zentralkomitee der Partei.

(Radio Tirana, 21. Juli 1977)

Grussadresse des ZK der KPD/ML an den II. Parteitag der KP Spaniens/ML

Liebe Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sendet Euch, den Delegierten des II. Parteitages der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und durch Euch allen Genossen und Genossinnen Eurer Partei, heiße brüderliche Kampfesgrüße.

Unsere beiden Parteien, die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, verbindet eine tiefe Freundschaft. Diese Freundschaft ist stark und unerschütterlich, weil sie auf Prinzipien, auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus beruht.

Sie ist stark und unerschütterlich, weil in unseren Herzen der Geist der Internationalen Brigaden lebendig ist, der heldenhaften Kämpfer wie Edgar André und Hans Beimler, die vor 40 Jahren Schulter an Schulter mit ihren spanischen Klassenbrüdern das rote Madrid gegen die frankistischen Horden, die Republik gegen den Faschismus und seine deutschen und italienischen imperialistischen Oberherren verteidigten. Die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, Ihr, Genossen, seid es, die heute in Spanien diese Traditionen verkörpern.

Den Prinzipien treu habt Ihr das von der revisionistischen Carrillo/Ibarruri-Clique in den Schmutz getretene Banner des Marxismus-Leninismus wieder entrollt und hoch erhoben. Mutig und entschlossen, ausgestattet mit einer korrekten marxistisch-leninistischen Linie, kämpft die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten für den Sieg der Revolution, die den Völkern Spaniens die Freiheit bringen wird, für die Errichtung der föderativen Volksrepublik als erstem Schritt zum Sozialismus.

Unsere Partei solidarisiert sich vollständig mit dem schweren Kampf, den Eure Partei an der Spitze der spanischen Arbeiterklasse, der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen und Nationalitäten führt.

Wir gedenken mit Bewegung der zahlreichen Opfer, die Eure Partei in diesem Kampf gebracht hat. Wir ehren das Andenken der von der faschistischen Diktatur ermordeten Märtyrer. Wir entbieten den Revolutionären, die in den Gefängnissen des Regimes eingekerkert sind, unsere flammenden Grüße.

Nach dem Tod Francos erleben wir jetzt in Spanien die lächerliche Farce einer angeblichen Demokratisierung des monarchofaschistischen Regimes. Wie aber wäre es möglich, daß den unterdrückten und ausgebeuteten spanischen Volksmassen die Freiheit aus den Händen seiner erbitterten Feinde und Henker geschenkt wird?

Der amerikanische Imperialismus, der in Wirklichkeit Spanien beherrscht, es aussaugt und unterdrückt, als Garant der Freiheit? Der Hampelmann Juan Carlos, der Zögling Francos und Washingtons als Anwalt der Demokratie? Jeder Tag hat aufs neue bewiesen, daß die Monarchie mit Pulver und Blei herrscht. Die Straßen von Bilbao, San Sebastian, Barcelona und Madrid sind vom Blut der Opfer des Terrors der faschistischen Polizei gerötet.

Der Monarchie, diesem verbrecherischen Regime, leckt die Carrillo/Ibarruri-Clique die Stiefel.

Die herrschende Oligarchie, der Imperialismus und Sozialimperialismus, die Weltreaktion, die Revisionisten, Sozialdemokraten und Opportunisten, sie alle unterstützen nach Kräften die Monarchie und den Bluff der „Demokratisierung".

Aber die spanische Arbeiterklasse, die Werktätigen in Stadt und Land, die Völker der unterdrückten Nationalitäten lassen sich nicht betrügen. Ihr Kampf gegen die Ausbeutung und Ausplünderung, gegen die faschistische Unterdrückung, gegen den amerikanischen Imperialismus und die Besatzer brandet immer höher auf. Die Losung des Kampfes für die Republik hat Millionen ergriffen. Das ist der Kampf, vor dem die Unterdrücker und Ausbeuter und ihre Lakaien zittern, weil sie die unbesiegbare Kraft der Volksmassen spüren. Weil sie sehen, daß an der Spitze dieses Kampfes eine wahrhaft revolutionäre Partei, die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten steht. Eine Partei, die sich nicht beugt, sondern konsequent kämpft, die Kräfte sammelt und ausbildet, um der konterrevolutionären Gewalt die revolutionäre Gewalt entgegenzusetzen, weil sie weiß, daß der Faschismus nur zerschlagen und die nationale Unabhängigkeit nur erkämpft werden können, wenn man im richtigen Moment zu den Waffen greift und im Volkskrieg alle Feinde zerschmettert.

Liebe Genossen!

Auch der westdeutsche Imperialismus mästet sich am Schweiß und Blut der Völker Spaniens. Seit den Tagen Hitlers gehören die deutschen Imperialisten zu den größten Feinden der Freiheit Spaniens. Die westdeutschen Monopole plündern und beuten die spanische Arbeiterklasse aus. Die westdeutschen Regierungen unterstützten den Henker Franco mit allen Mitteln und heute die monarchofaschistische Diktatur. Die westdeutschen Christ- und Sozialdemokraten unterhalten die besten Beziehungen zu den Kräften der Konterrevolution, ob es sich nun um die Kräfte handelt, die vom Vatikan abhängig sind oder um Leute vom Schlage Felipe Gonzales, den Hofhund eines Willy Brandt und Helmut Schmidt.

Gleichzeitig sind die westdeutschen Imperialisten Vorreiter der Bestrebungen, Spanien in die EWG einzugliedern, um das Land den imperialistischen Monopolen und Trusten noch mehr zu unterwerfen.

Unsere Partei bekämpft entschieden alle Machenschaften des westdeutschen Imperialismus, um Spanien zu unterdrücken und auszubeuten. Wir bekämpfen entschieden den Opportunismus, der uns unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Sozialimperialismus" die Kollaboration mit der imperialistischen deutschen Bourgeoisie aufzwingen will, der uns den Klassenkampf vergessen machen will und uns sogar den Frieden mit dem USA-Imperialismus, dem aggressiven NATO-Pakt und der konterrevolutionären EWG predigt. Unsere Partei bekämpft entschieden die opportunistische „Theorie der drei Welten", die die wesentlichen in der heutigen Welt wirkenden Widersprüche verschleiert, und deren Quintessenz die Kapitulation vor dem Imperialismus ist.

Wir betrachten eine Politik, die darauf abzielt, die Versklavung durch eine Supermacht oder durch beide Supermächte durch das Bündnis mit der anderen Supermacht oder irgendeiner anderen imperialistischen Macht zu „bekämpfen", was in Wirklichkeit nur die Ersetzung des einen Herrn durch einen anderen bedeutet, als Verrat an den Interessen des Proletariats und der unterdrückten Völker. Beide Supermächte sind in gleicher Weise und in gleichem Ausmaß Todfeinde des Sozialismus, des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker.

Unser Programm ist klar und eindeutig: Wir kämpfen für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, das nur durch die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Westen und Osten unseres geteilten Vaterlandes geschaffen werden kann. In diesem Kampf steht uns in Westdeutschland der westdeutsche Imperialismus als Hauptfeind und in zweiter Linie der USA-Imperialismus gegenüber. In Ostdeutschland richtet sich das Feuer unseres Kampfes gegen den sowjetischen Sozialimperialismus und die neue ostdeutsche Bourgeoisie. Unser Kampf für die sozialistische Revolution in West- und Ostdeutschland ist zweifellos unser wichtigster Beitrag zur Sache der Weltrevolution, ein Beitrag, den wir gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus leisten.

Liebe Genossen!

Unsere beiden Parteien sind Bruderparteien. Wenn auch unter unterschiedlichen Bedingungen, kämpfen wir für das gleiche Ziel: für die Revolution und den Sozialismus, für die endgültige Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und den Sieg des Kommunismus. Uns verbindet der Marxismus-Leninismus und der proletarische Internationalismus und wir unterstützen uns gegenseitig in unserem Kampf.

Unsere Partei ist der Ansicht, daß es heute, wo der Opportunismus versucht, die Prinzipien zu verdrehen und unsere Einheit zu zerstören, wichtiger denn je ist, die Zusammenarbeit und die Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu vertiefen und zu erweitern.

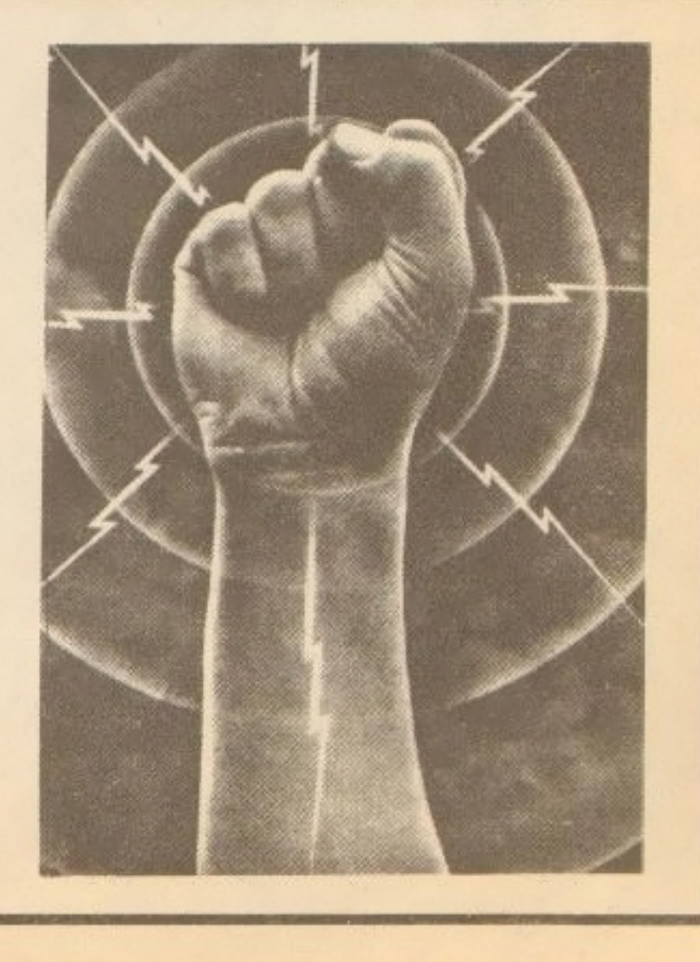
Deshalb hat unsere Partei begeistert den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens und den historischen Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha begrüßt. Dies und die internationalistischen Veranstaltungen in Rom, Athen, Lissabon und Ludwigshafen, die zwei- und mehrseitigen Beratungen und gemeinsamen Erklärungen der marxistisch-leninistischen Bruderparteien beweisen die lebendige Kraft des Marxismus-Leninismus, der über alle seine Feinde triumphieren wird.

Liebe Genossen!

Im Geiste und im Herzen mit Euch grüßen wir den II. Parteitag der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und wünschen Euch neue Erfolge im Kampf für die Sache der spanischen Revolution!

Es lebe die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten!

Der Marxismus-Leninismus wird triumphieren!



New York

Eine Millionenstadt verrottet

New York, die größte Stadt der kapitalistischen Welt, am 14. Juli: Ein schweres Sommergewitter ist aufgezogen. Um genau 20.37 Uhr schlägt der Blitz in eine Leitung, über die die Stadt mit Strom versorgt wird. Eine Stunde später ein zweiter Blitzschlag: Das genügt, um die ganze Stromversorgung der Riesenstadt zu unterbrechen. New York liegt in völliger Finsternis da. „Höhere Gewalt", gehauptet der Chef der Elektrizitätsgesellschaft ConEd.

Tatsache ist jedoch, daß die ganze Stadt an einer einzigen Leitung hängt, daß trotz eines ähnlichen Stromausfalls vor 12 Jahren nichts unternommen worden ist, um genügende Ausweichkapazitäten für solche Notfälle zu schaffen. Der Zusammenbruch der Stromversorgung warf ein grelles Schlaglicht auf den Zerfall, die völlige Verrottung New Yorks, der Metropole der amerikanischen Supermacht.

Die Häuser in den Vierteln wie Bronx oder Harlem, in denen Millionen leben müssen, vergammeln, weil seit Jahrzehnten nichts mehr für die Instandsetzung getan wird. Der Grund: Sie bringen den Hausbesitzern nicht mehr genug Profit. So kann man immer wieder hören, daß in diesen Vierteln Kleinkinder von Ratten zu Tode gebissen werden, daß — wie während der Kälteperiode anfang des Jahres — Menschen in ihren Wohnlöchern erfrieren.

Natürlich ist das alles der Stadtverwaltung in New York, ist das der Regierung in Washington bekannt. Aber der kapitalistische Staat dient den Interessen der Monopole, die Sorgen der Werktätigen kümmern ihn einen Dreck. Und so verschlechtert sich die Lebenslage der New Yorker von Jahr zu Jahr. Obwohl in dieser Stadt die Hälfte der Jugendlichen ohne einen Schulabschluß ist, werden jetzt 40 Schulen geschlossen. Durch solche Maßnahmen, durch Massenentlassungen von städtischen Bediensteten wie Lehrern, Feuerwehrleuten und Müllarbeitern versucht die Stadtverwaltung die Finanzen zu sanieren, indem alle Lasten der Krise den Werktätigen aufgebürdet werden.

Besonders schwer lastet die durch das kapitalistische System verursachte Arbeitslosigkeit auf den New Yorkern. So sind in Brooklyn 40% der Werktätigen ohne Arbeit. In Ost-Harlem sind von den Jugendlichen 85% arbeitslos.



Slum in New York

Vor diesem Hintergrund muß man auch die Plünderungen in der Nacht des Stromausfalls sehen. Sie sind ein Ausdruck der Verzweiflung von Teilen der New Yorker Bevölkerung. Diejenigen, die jetzt von einer „Nacht des Terrors" reden wie der Bürgermeister Beame, sie haben nicht das geringste Recht, die Plünderer zu verurteilen. Denn sie sind verantwortlich für das Elend dieser Menschen, das solche Plünderungen erst hervorgebracht hat. Sie, die amerikanischen Kapitalisten und ihre Staatsdiener, sind die wirklichen Verbrecher. Und sie werden ihrer Strafe nicht entgehen.

Gerade die Ereignisse in New York haben vielen Werktätigen die Notwendigkeit gezeigt, den organisierten revolutionären Kampf aufzunehmen, um dieses menschenfeindliche System zu zerschlagen.

Nudeln mit Salmonellen

Die Maus im Gemüseeintopf in der Dose ist schon längst zum Sinnbild der Lebensmittelverseuchung geworden, mit der die Werktätigen tagtäglich konfrontiert werden. Gefährlicher aber als die schon sprichwörtlich gewordene Maus sind die Lebensmittelverseuchungen, die man nicht sieht. Zum Beispiel die Salmonellen und Staphylokokken in den Nudeln. Bei einer Überprüfung von 38 baden-württembergischen Nudelherstellern hat das Medizinische Landesuntersuchungsamt Stuttgart in den Teigprodukten von 18 Betrieben jetzt diese Krankheitserreger festgestellt. Von Konsequenzen gegen die Besitzer dieser Betriebe, denen Hygiene zu teuer und eine Gefährdung der Werktätigen deshalb lieber ist, hörte man allerdings bisher nichts. Stattdessen erklärte eine Sprecherin dieses Untersuchungsamtes zynisch: „In aller Regel geht von den Bakterien keine lebensbedrohende Gefahr aus." (!) Können diese sauberen „Mediziner" noch deutlicher sagen, wieviel bzw. wie wenig ihnen die Gesundheit der Werktätigen wert ist?

Höhere Strompreise für Norddeutschland und Hessen angekündigt

Die Preußische Elektrizitäts AG Hannover hat für den Herbst erneut die Erhöhung der Strompreise angekündigt, die bereits 1975 gestiegen waren. Die Kapitalisten und ihr Staat — an der Preußenelektra ist der Staat maßgeblich beteiligt — erhöhen laut ihren offiziellen Erklärungen natürlich nie die Preise, weil sie ihren Reichtum vergrößern wollen, sondern immer aus „zwingenden Gründen". Und so war auch die Preußenelektra um eine Ausrede zur Begründung der Strompreiserhöhung nicht verlegen. Die Erhöhung sei notwendig, so der Vorstand, weil die Verzögerung des Baus der Kernkraftwerke Brokdorf, Esenshamm und Grohnde dem Konzern horrende Kosten verursache. Das ist nichts anderes als ein unverschämter Versuch, den Werktätigen, die sich gegen den Bau dieser Atomkraftwerke ausdauernd zur Wehr setzen, die Schuld an den erhöhten Strompreisen in die Schuhe zu schieben und auf diese Weise auch die Empörung über die Verteuerung des Stroms gegen sie abzulenken. Ein ähnliches Manöver also wie der Versuch, den Gegnern der Atomkraftwerke zu unterstellen, sie wollten, daß die im Atomenergiesektor und in der Zuliefererindustrie Beschäftigten arbeitslos würden.

Beides sind Lügen der Kapitalisten, um ihr skrupelloses Profitstreben zu vertuschen, um die Werktätigen zu spalten und ihren berechtigten Kampf gegen die Atomkraftwerke zu sabotieren. Wie verlogen die Argumente der Preußenelektra sind, kann man schon daran sehen, daß sie im letzten Jahr ihren Umsatz um 11% steigerte und erhebliche Gewinne erzielte. Gewinne, die vor allem im Bereich der Verstromung von Kernenergie riesengroß waren. Und so kündigte die Preußenelektra nicht nur an, daß sie mit allen Mitteln weiter für die Inbetriebnahme der Kernkraftwerke Brokdorf, Esenshamm und Grohnde kämpfen wird, sondern gleichzeitig den Bau vieler neuer Kernkraftwerke, vor allem im Mittelwesergebiet plane. Von diesen Investitionsplänen, die Milliarden erfordern, liest man natürlich nur in den Geschäftsberichten und den Wirtschaftsspalten der Zeitungen. Denn sie, die von der grenzenlosen Profitgier der Energiekapitalisten zeugen, sind natürlich schlecht geeignet, den Werktätigen die Erhöhung der Strompreise mit dem Hinweis auf die ach so elende Lage der Preußenelektra plausibel zu machen.

Weil es aber für das Handeln der Preußenelektra-Bosse keinerlei Gründe gibt, die die Werktätigen akzeptieren können, weil die Grundlage aller ihrer Handlungen, sowohl für den Bau immer neuer Kernkraftwerke als auch für die Erhöhung der Strompreise allein ihr Profitstreben ist, wird es ihnen auch nicht gelingen, die Werktätigen mit ihren üblen Erpressungsversuchen zu spalten und einzuschüchtern. Sowohl der Kampf gegen die Atomkraftwerke als auch die Empörung über die unverschämten Preiserhöhungen der Preußenelektra sind gerecht.

Mit Molotow-Cocktails gegen Kernkraftwerksgegner

In der Nacht vom 12. auf den 13. Juli: Kernkraftgegner halten bei Heiteren auf dem französischen Rheinufer in der Nähe von Freiburg einen Hochspannungsmast besetzt. Dieser Mast ist Teil einer Fernleitung des Kernkraftwerks Fessenheim. Die Besetzung richtet sich gegen den geplanten Bau der Blöcke III und IV des KKW. Um Mitternacht stürmt plötzlich eine Gruppe von zehn Männern, bewaffnet mit Schlagstöcken und Molotow-Cocktails, auf das Gelände.

Sie werfen sofort ihre Brandbomben auf die zum großen Teil in ihren Schlafsäcken liegenden Kraftwerksgegner und auf die Baracken, die sich die Besetzer gebaut haben. Der Arbeiter Axel W. wird in seinem Schlafsack getroffen. Er brennt sofort wie eine Fackel. Den KKW-Gegnern gelingt es, den Angriff zurückzuschlagen und zu verhindern, daß der nahegelegene Wald in Flammen aufgeht. Beim Rückzug richtet die Bande noch schwere Beschädigungen an mehreren Autos an. Axel W. wird abtransportiert und muß in die Intensivstation des Freiburger Krankenhauses gefahren werden.

Dieser brutale Überfall hat im Elsaß und in Baden große Empörung hervorgerufen. Auf beiden Seiten des Rheins kämpfen die Werktätigen seit Jahren gegen den Bau von Kernkraftwerken. Vor allem Wyhl ist ein Beispiel dafür. Eine Woche vor dem Überfall hatte sich der Gemeinderat von sieben Gemeinden gegen den weiteren Ausbau des KKW Fessenheim ausgesprochen. Der Angriff auf die Besetzer am Hochspannungsmast sollte offenbar den Widerstand der Bevölkerung brechen. So erklärten die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, daß es sich bei den Gangstern um „gedungene und bezahlte Leute handelt, denen es nicht auf Menschenleben ankommt". Daß diese Elemente auch die Unterstützung des Staatsapparats haben, zeigte sich daran, daß die von den KKW-Gegnern sofort alarmierte französische Polizei sich weigerte, die Ermittlungen aufzunehmen.

Eine besonders üble Provokation in diesem Zusammenhang leistete sich Springers „Hamburger Abendblatt". Diese Dreckschleuder brachte den Brandanschlag unter der Überschrift „Kernkraftwerksgegner stürmten Fessenheim" und schrieb: „Nur noch Trümmer blieben von der Baustelle des Kernkraftwerks Fessenheim im Elsaß übrig, nachdem Kernenergiegegner das Gelände gestürmt hatten."

Aber weder der brutale Terror von gekauften Mordbanden, noch Polizeiüberfälle wie in Wyhl oder die schrankenlose Hetze der bürgerlichen Lügenpresse werden den gerechten Kampf gegen die kapitalistischen Atomkraftwerke zerschlagen können.



Die ausgebrannte Schlafstätte der KKW-Gegner nach dem Überfall

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do 9-13 und 15-18, Di und Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.